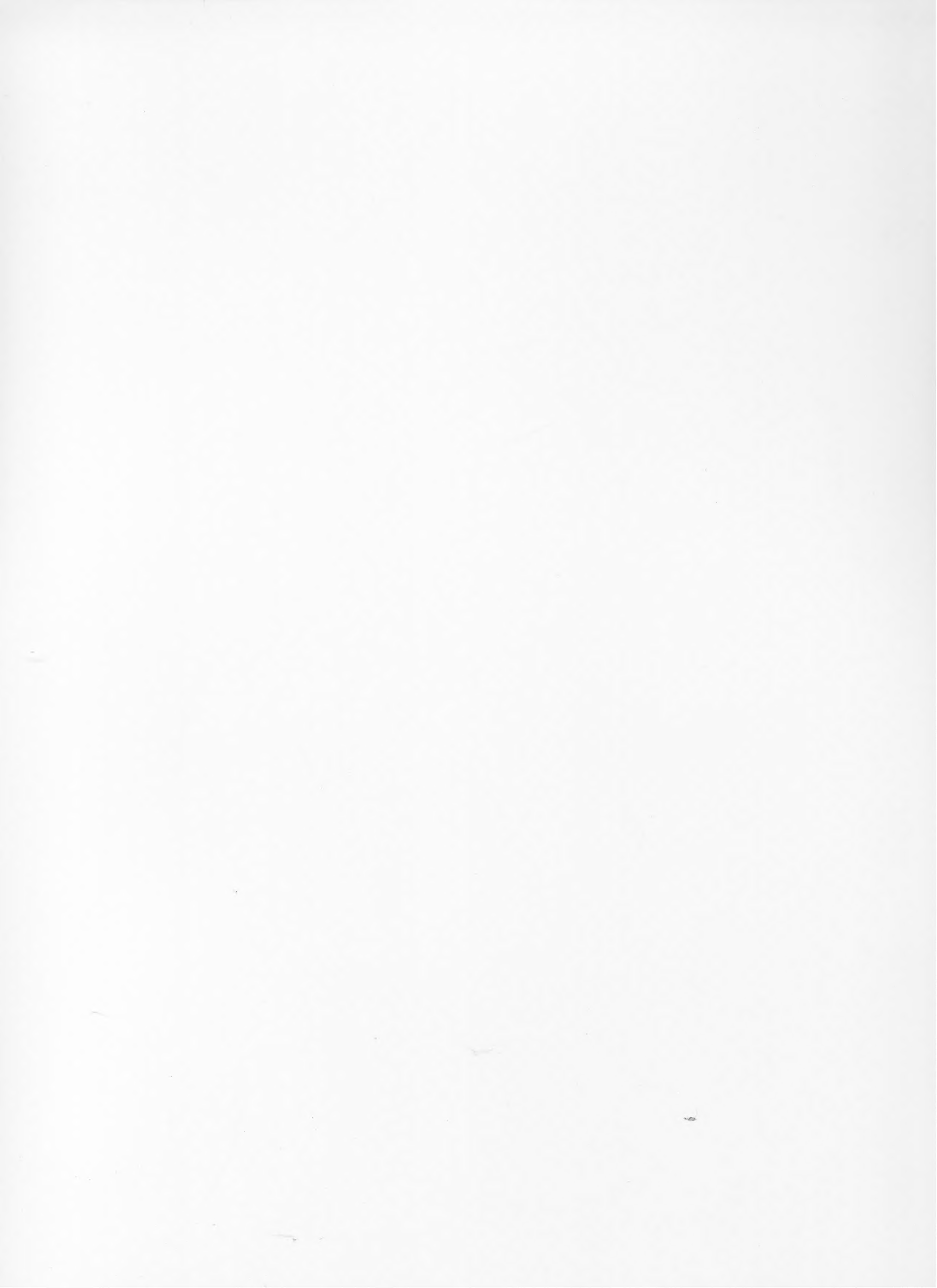
Der Verrat an Osteuropa

von Udo Walendy

Historische Tatsache Nr. 4



Historische Tatsache Nr. 4

Der Verrat an Osteuropa

von

Udo Walendy

Titelbild: Die Zonengrenze, *Verzeihung!*: "Die Staatsgrenze der DDR"
(Foto: Bundes Presse- und Informationsamt)

Bildmaterial S. 7, 10, 15, 18, 26, 28, 30, 31, 36
dankenswerterweise vom
Bundesarchiv in Koblenz

Alleinauslieferung für die
deutsche Ausgabe

Verlag für Volkstum und
Zeitgeschichtsforschung
Postfach 1643
4973 Vlotho / Weser

1978

Herausgegeben von Historical Review Press,
Chapel Ascote, Ladbroke, Southam, Warwickshire, England
Printed in England



Der Verrat an Osteuropa

Ein politisches Urteil bedarf einer festen Ausgangslage. Die Vielgestaltigkeit dieser Welt bietet hierfür die unwahrscheinlichsten Variationen, je nachdem, welche Verdrehungen, Inkonsequenzen, Widersprüche, Weglassungen, Glaubensinhalte, Motive man der Wertordnung der eigenen "Erkenntnisse" und damit "Urteilfindung" zugrundelegt ...

In welchem Maße Politiker des 2O. Jahrhunderts Recht und Moral verwildert, damit ungeheures Blutvergießen und Völkermordkriege verschuldet haben und auf diese Weise Grundlagen für eine zukünftige Politik noch gigantischerer Völkermorde gelegt haben, belegt die Geschichte mit dem "Verrat an Osteuropa" eindringlich. Gleichwohl muß betont werden, daß auch dieses Schicksal Osteuropas nur einen Teilausschnitt aus der furchtbaren Szenerie der gesamten weltpolitischen Lage unseres Jahrhunderts darstellt.

Was ist Recht, Wahrheit, Sachlichkeit, politisch begründetes Erfordernis, Notwendigkeit, Realität? Beginnend mit diesen Definitionen bleibt festzuhalten:

1)Wie jeder Mensch, so hat jedes Volk ein gleiches Lebensrecht wie andere Menschen und Völker.

2)Größe, geografische Räume, Begünstigungen oder Benachteiligungen durch die Natur, Bodenschätze, geistige Entwicklung, wirtschaftliche und technische Möglichkeiten der einzelnen Völker sind naturgegeben unterschiedlich.

3)Die Welt, in der wir leben, die Geschichte, auf die wir zurückblicken, ist kein Paradies, in dem sich Recht und Wahrheit durch Kraft und Waffen durchsetzen, sondern leider eine Realitätenlandschaft, in der ausschließlich der Stärkere — und zwar unabhängig von seiner moralischen Qualifikation — das Feld beherrscht, der sich meist als der Rücksichtslosere und Brutalere erweist.

4)Ungeachtet dessen haben sich im Verlauf der menschlichen Geschichte Sitten und Normen, Gesetze und Menschlichkeits-Grundsätze herausgemergelt, die sich jedem Realisten als fundamentale Voraussetzungen für jedes friedliche Zusammenleben von Menschen und Völkern aufdrängen. Motivationen und Handlungen der Menschen, somit auch der Politiker sind sachlich, wertneutral analysierbar, als richtig, sachgemäß oder falsch und verwerflich, bzw. dem Frieden dienend oder Krieg und Verbrechen heraufbeschwörend zu beurteilen.

So trat die Menschheit in einer weltpolitischen Konstellation in das 2O. Jahrhundert, in der die Erde aufgeteilt, verschiedenartigste Staaten durch historisches Siedlungs- und Leistungsrecht einen unangefochtenen bzw. unanfechtbaren Besitzstand (Lebensraum) aufzuweisen hatten und selbst die Groß- und Imperialmächte sich darüber einig waren, daß sie die Rechte der kleinen Staaten zu respektieren hatten, wenngleich der Grundsatz vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker" erst im Verlauf des Ersten Weltkrieges zum völkerrechtlichen Postulat erhoben wurde.

Seziert man die "innere Berechtigung" jener "heilen Welt" um die Jahrhundertwende, so bleibt festzustellen, daß das Ende des 19. Jahrhunderts durch das Zeitalter des Imperialismus gekennzeichnet war. Und jene Imperialstaaten, die also fremde Völker und Länder, ja Kontinente sich untertan gemacht bzw. Kolonien angeeignet hatten, sind namentlich zu nennen: Mit weitem Abstand voraus: Großbritannien, Rußland, Frankreich, dann in geringerem Maße Holland, Portugal, USA und nahezu am Ende dieser Skala Deutschland, das auch als letzte dieser Mächte Kolonien erworben hatte. War schon der völkische Siedlungsraum der europäischen Völker durch internationale Verträge langfristig und unangefochten gesichert gewesen — zumindest der "souveränen Völker", zu denen auch Deutschland zählte —, so war auch der gegenseitige Kolonialbesitz respektiert.

Zu den allerorten üblichen Selbstverständlichkeiten internationalen Zusammenlebens gehörte auch die Nichteinmischung in die innere Ordnung der souveränen Staaten, somit die vorbehaltlose Anerkennung der Führungsgrundsätze, wie sie im anderen Staat gehandhabt wurden. Doch nicht nur dies: Es gehörte ebenfalls zum Souveränitätsrecht der Staaten — insbesondere der Imperialstaaten —, daß sie ihre eigenen außenpolitischen Grundsätze vertreten konnten: Großbritannien z.B. die "Politik des europäischen Gleichgewichtes", von der der britische Kriegspremier Winston Churchill nach dem Zweiten Weltkrieg in seinen Memoiren schrieb:

"Seit 4OO Jahren hat die Außenpolitik Großbritanniens darin bestanden, sich der stärksten, aggressivsten, beherrschenden Großmacht auf dem Kontinent entgegenzustellen ...
Gegenüber Philipp II von Spanien, gegenüber Ludwig XIV, unter Wilhelm III und Marlborough, gegenüber Napoleon und Wilhelm II von Deutschland ... schlossen wir uns immer den weniger starken Mächten an, schufen zwischen ihnen eine Verbindung und besiegten damit den militärischen Tyrannen auf dem Kontinent, wer immer er war und welche Nation er auch anführen mochte ...
Wir müssen bedenken, daß die Politik Englands sich nicht danach richtet, welche Nation die Herrschaft über Europa anstrebt. Es handelt sich nicht darum, ob es Spanien ist oder die französische Monarchie, oder das französische Kaiserreich oder das Hitlerregime. Es handelt sich nicht um Machthaber oder Nationen, sondern lediglich darum, wer der größte oder der potentiell dominierende Tyrann ist. Wir wollten uns daher nicht vor der Beschuldigung fürchten, daß wir eine pro-französische oder anti-deutsche Einstellung hätten. Wenn die Verhältnisse umgekehrt lägen, könnten wir ebensogut deutsch-freundlich und anti-französisch sein ..." (W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg" l. Buch Bd. I "Der Sturm zieht auf" S. 257/259).

Reiner Egoismus also, ungeachtet jeglicher moralischen Bindung, - bis in den Zweiten Weltkrieg hinein. Allein schon dieses Zitat des Mannes, der am intensivsten England in den Zweiten Weltkrieg hineingetrieben hatte, beweist, daß alle seine moraltriefenden Haßtiraden gegen den deutschen Nationalsozialismus grundsatz- und gewissenlose Motivationen zwecks Durchsetzung dieser sog. "europäischen Gleichgewichtspolitik", wie Churchill sie verstand, waren.Da dieser Zweite Weltkrieg jedoch nicht nur Deutschland betraf, sondern ganz Europa, vor allem aber Osteuropa, ist damit die grundsätzliche Einstellung Churchills zu den osteuropäischen Völkern gekennzeichnet. Sie hatten lediglich ihre "Rollen zu spielen" - im Sinne britischer und Churchill'scher "Gleichgewichtspolitik"!

Um auch die anderen Großmächte zu nennen: Frankreichs außenpolitisches Bestreben in der ersten Hälfte des 2O. Jahrhunderts zielte darauf ab, "aus Sicherheitsgründen" möglichst schwache (Klein-) Staaten an seiner Ostgrenze zu haben. Rußland war bemüht, die Vereinigung aller slawischen Völker mit möglichst weiterer Machtausweitung nach Mitteleuropa zu erreichen, während Deutschland auf die Sicherung seines eigenen Besitzstandes bedacht war, - ohne Schwächungs- und Einmischungsversuche im Hinblick auf andere Staaten Europas.

Der Erste Weltkrieg verschob das Machtgefüge in Europa zugunsten der Versailler Sieger, vornehmlich Frankreichs, Großbritanniens, aber nicht minder der sich vor allem wirtschaftlich vorschiebenden USA.

Der Erste Weltkrieg aber brachte in Form der kommunistischen Macht in Rußland eine neue politische Komponente ins europäische Kraftfeld, die sich die Revolutionierung, Vernichtung und Eroberung aller europäischen Staaten, ja aller Staaten der Welt und sei es mit Blut und Terror, Enteignung und Freiheitsverlust zum Ziel setzte. Das unter Berufung auf die neuen Völkerrechtsnormen vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker" geschaffene "Ordnungssystem von Versailles" schuf zwar neue Grenzen - vornehmlich in Osteuropa -, erzwang die Beseitigung der Monarchie in Deutschland, die Zerschlagung von Österreich-Ungarn, — doch was verwirklicht worden war, entsprach nicht diesen Grundsätzen, sondern schuf im Gegenteil Unrecht, Minderheitenprobleme, Volkstumskampf, Enteignung, Vertreibung und in erster Linie auf Kosten des besiegten Deutschland. Dazu wirkte sich die Entwaffnung, Dauerdiskriminierung dieses Deutschland durch die siegreichen Großmächte Frankreich, Großbritannien und USA sowie die revolutionäre Unterhöhlung durch die Komintern gesteuerte kommunistische Partei Deutschlands verhängnisvoll aus. Das sich hieraus naturgemäß entwickelnde Chaos in Deutschland wurde schließlich abgefangen durch eine in der Weimarer Demokratie legal bis zur stärksten Partei angewachsene Kraft, die, gestützt auf das postulierte "Selbstbestimmungsrecht der Völker", dieses Deutschland - entgegen den Absichten der Versailler Drahtzieher - wieder in den international geachteten Rang eines gleichermaßen souveränen Staates zurückführte.

Diese internationale Anerkennung war ihr wiederum nur möglich, weil sie sich auch allein schon mit ihrer Namensgebung als NSDAP — Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei — sowohl eine nationale Beschränkung (im Gegensatz zu den Imperialstaaten sowie sonstigen Internationalisten) auferlegte, als sich auch den sozialpolitischen Aufgaben verpflichtete.

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu müssen, ist unzweifelhaft:

1) Die Machtverschiebung in Deutschland 1933 vollzog sich unblutig, wie es keine Revolution bisher aufzuweisen hatte.

2) Machtveränderungen innerhalb eines Staatsgefüges bringen notwendigerweise menschliche Härten für jene mit, die jene Machtveränderung bekämpft haben.

3) Wertmesser zur Beurteilung jener Härten kann nur die Gesamtlage des betreffenden Volkes, nicht die persönliche Stellung einzelner sein.

4) Zu richten haben hierüber ausländische Staatsmänner ohnehin nicht, schon gar nicht solche, die erst über wer weiß wieviel Millionen Tote zur Macht gelangt waren wie die Bolschewiki.

5) Kein Staatsmann, keine Partei wird so töricht oder in der Lage sein, binnen 6 Jahren aus einem total wehrlosen, wirtschaftlich am Boden liegenden, an seinen Grenzen bedrohten, auf internationaler Ebene diskriminier-



Zwei maßgebende Kriegstreiber 1939: rechts der britische Außenminister Lord Halifax, links der polnische Außenminister Josef Beck. (In der Mitte der polnische Botschafter in London, Raczynski). April 1939, London

ten Volk, dazu mit 6 Millionen Arbeitslosen und gut organisierten kommunistischen Gegnern, ohne für eine moderne Rüstung wesentliche Rohstoffe, — gegenüber der schon im Ersten Weltkrieg siegreichen Koalition der Welt-Imperialmächte einen Krieg zu planen und vom Zaun zu brechen.

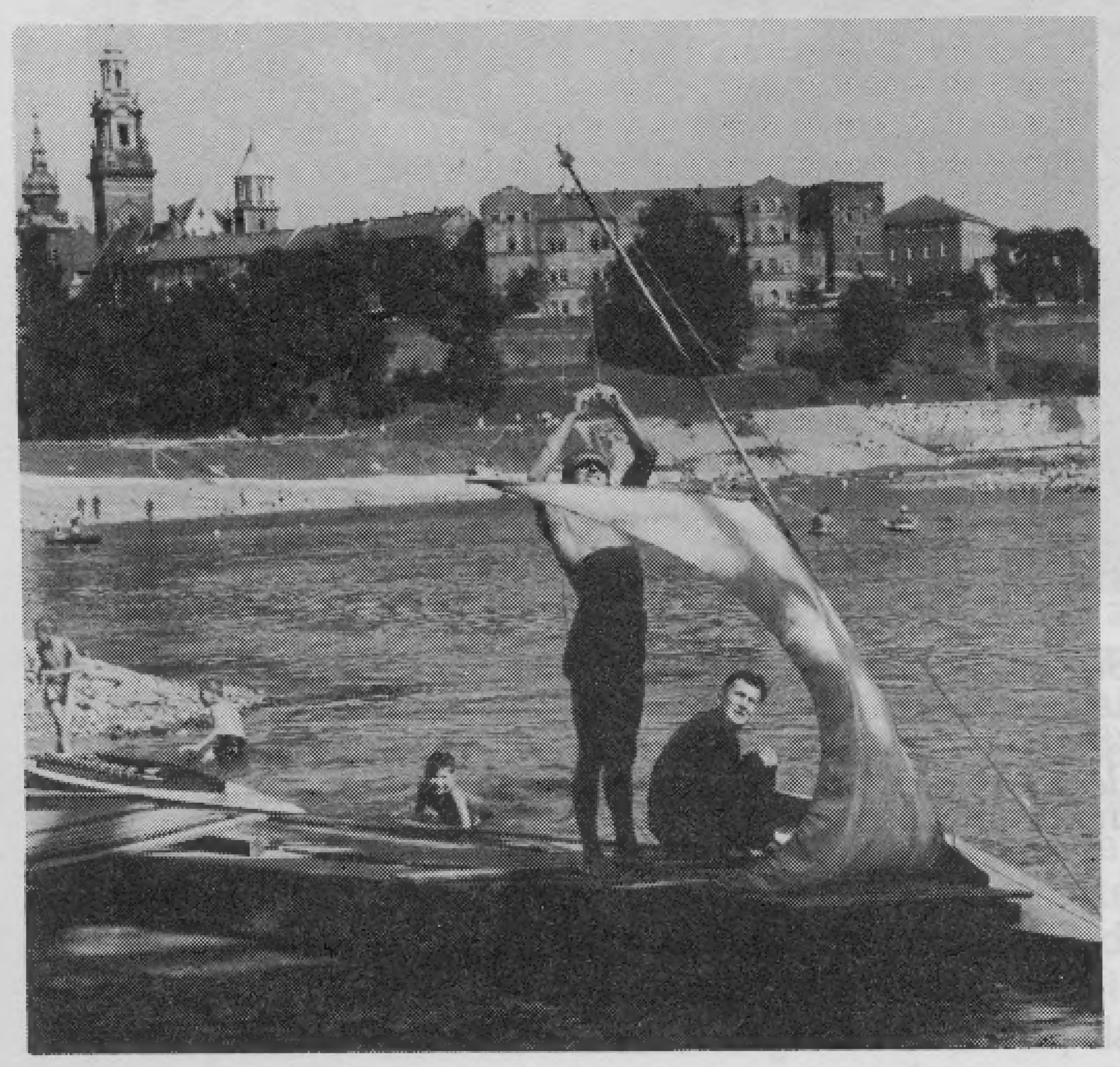
6) Die Begriffe Kriegsschuld und Aggression sind bis heute nicht verbindlich geklärt. Die Vereinten Nationen haben ihre Versuche zur Klärung dieser Begriffe seit langem eingestellt.

7) Das Interallierte Militärtribunal in Nürnberg hat 1946 Deutschland n i c h t des Angriffskrieges gegen Großbritannien, Frankreich und die USA angeklagt.

8) Insbesondere die britische Regierung — mit Unterstützung und auf Drängen von US-Präsident Roosevelt — hat 1939 eine auf Krieg hindrängende, ihn schließlich unausweichlich machende Politik mit europäischer, ja mit weltweiter Auswirkung betrieben.

Ist der Gesamtzusammenhang der Kriegsschuldfrage des Zweiten Weltkrieges in dem wissenschaftlichen Standardwerk "Wahrheit für Deutschland — Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges" umfassend dargelegt, so seien als Belege für diese Behauptung hier in aller Kürze Bruchstücke aufgezählt:

a) Die Vorgeschichte und Motive für die britische Garantie an Polen vom 31.3.1939, wie sie nicht zuletzt durch die Dokumentation aus dem Foreign Office mit den "British Foreign Policy Documents 1919—1939" eindeutig belegt sind, waren n i c h t auf den Schutz des polnischen Staates, n i c h t auf die Erhaltung bestimmter Grenzen, n i c h t auf die Sicherung des Friedens in Europa ausgerichtet, sondern von dem Willen Londons (und im Hintergrund auch Washingtons) getragen gewesen, Polen gegen Deutschland aufzuwiegeln mit dem Ziel einer militärischen Auseinandersetzung dieser beiden Staaten, in die dann später weitere Mächte hineingezogen werden konnten. Man wußte in London, daß sich Polen nicht vor Deutschland, hingegen aber sehr wohl vor der UdSSR gefürchtet hat, was jedoch jene Gentlemen der City nicht bewog, die ostpolnische Grenze zu garantieren, wohl aber die deutsch-polnische Grenze; gleichzeitig gaben sie der bereits im Frühjahr 1939 "kriegerisch gestimmten" polnischen Regierung (übrigens ein Ausdruck des britischen Botschafters in Warschau vom 25. März 1939), noch zeitig genug vor der von Polen gar nicht erbetenen britischen Garantie eine Blankovollmacht gegenüber Deutschland dahingehend, daß es in ihr (der polnischen Regierung) Belieben gestellt wurde zu entscheiden, wann und aus welchem Grunde ein Krieg mit Deutschland ausbricht. Winston Churchill, der es schließlich wissen mußte, erklärte zu dieser Polen-Garantie:



Die Burg von der Weichsel aus, 1941
Krakau (eh. deutsche Universitätsstadt).

"Die Geschichte durchsucht man vergeblich nach einer Parallele zu diesem plötzlichen und vollständigen Richtungswechsel einer Politik, die seit 5 oder 6 Jahren bequeme, versöhnliche Befriedung anstrebte und dann fast über Nacht die Bereitschaft entwickelte, einen offensichtlich nahe bevorstehenden Krieg von größtem Ausmaß und unter den allerschlimmsten Umständen auf sich zu nehmen. Die Polen-Garantie war ein Markstein zum Verhängnis .....
Endlich war es zu einer Entscheidung gekommen, im ungünstigsten Augenblick und unter den unbefriedigendsten Verhältnissen, zu einer Entscheidung, die mit Gewißheit zum Niedermetzeln von Millionen Menschen führen mußte .....
Ist diese neue Politik begonnen worden, so kann es kein Zurück mehr geben .....
Hier mit einer Garantie an Polen aufzuhören würde bedeuten, im Niemandsland ungeschützt unter dem Feuer beider Grabenlinien anzuhalten .....

Wir müssen nun vorwärts gehen ....."
(W. Churchill "Der Zweite Weltkrieg 1. Buch, Bd.I S.421-423; W.Jedrzejewicz "Poland in the British Parliament 1939-1945" Bd.I S. 15-16)

b) Ausweitung der britischen Garantie an Polen Anfang April 1939 mit dem Ziel, daß Polen gegen Deutschland kämpfen solle auch dann, wenn aus irgendeinem beliebigen Grunde ein Krieg zwischen Deutschland und England ausbrechen sollte, wobei auch hier "die Frage des Aggressors ausgeklammert" war.

c) Der Vertrag zwischen Großbritannien, Frankreich und der UdSSR vom 15. Juli 1939: er sah einen Automatismus der Kriegsentwicklung vor, ganz gleich, wie immer sich Hitler verhalten würde; die "interessierten Mächte" verpflichteten sich zur Kriegserklärung, falls eine dieser "interessierten Mächte" in bezug auf die Länder Estland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien "behaupten sollte", Deutschland habe durch irgendeine Aktion die "Neutralität" eines dieser Länder verletzt, eine "wirtschaftliche Unterwanderung" oder eine "indirekte Aggression" unternommen. Wie gesagt, es genügte, wenn dies eine "interessierte Partei behauptet" und selbst militärisch interveniert.

d) Die Deckung und Anreizung aller provokativen Maßnahmen gegen Deutschland, Danzig oder die deutsche Minderheit in Polen durch London, die Garantie-Ausweitung bis zu dem Passus, daß "nur ein gemeinsamer Waffenstillstand" in Frage komme (25.8.1939), die bewußte Täuschung der Weltöffentlichkeit durch die angeblichen britischen Vermittlungsbemühungen kurz vor Kriegsbeginn usw. sind durch eindeutige Unterlagen der British Foreign Policy Documents als Kriegsinszenierungsmaßnahmen entlarvt.

e) Die Kriegsstimmung in London Ende August/Anfang September 1939 erhellt durch nachfolgende Zitate:

Der polnische Botschafter in London, Raczynski, berichtete:

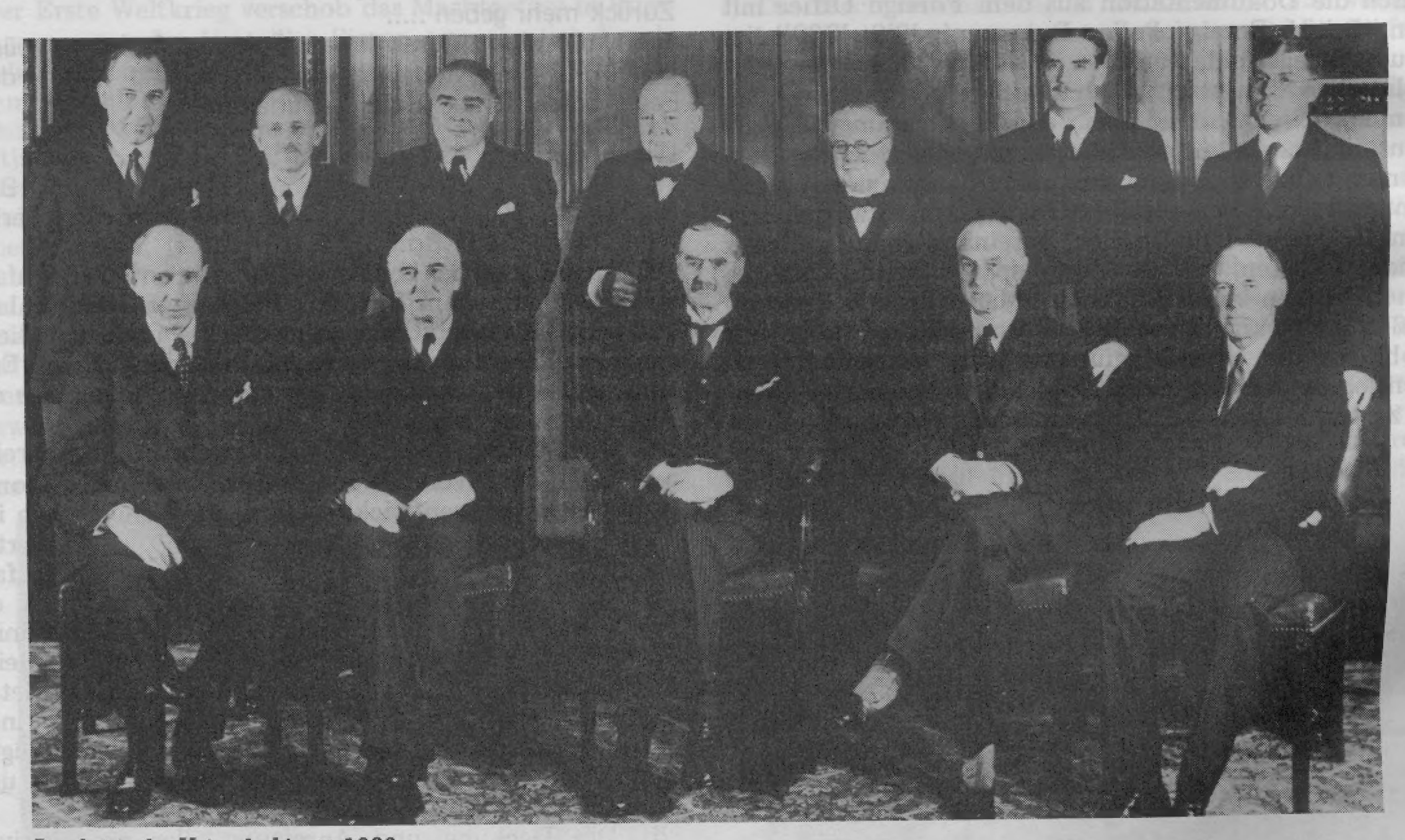
"Churchill telefonierte täglich, und gleichermaßen tat es Lord Lloyd an diesem Abend (30.8.1939), Mr. Harcourt Hohnstone, der die liberale Partei repräsentierte, kam, um mich zu sehen. Alle Leute drückten ihre Sorge darüber aus, daß die Polen schwach werden und der Gewalt nachgeben könnten .....
Neben Dalton und Harcourt Johnstone erhielt ich täglich Telefonanrufe von Churchill, Bracken, Sandys und anderen, in denen die gleichen Befürchtungen wiederkehrten: Würde der Premierminister sein Wort uns gegenüber halten und würden wir unsererseits als der Eckstein der britischen 'Friedensfront' auf dem Kontinent festbleiben? Diese Haltung (Verachtung der Friedenspolitik, Anmerk. des Verf.)wurde durch teils signierte teils anonyme Briefe ergänzt, die Tag für Tag hereinströmten. In den frühen Stadien der Krise gaben sie uns den Rat, Danzig flachzubomben oder den Nazi-Parteitag in Tannenberg auszunutzen (der dann nicht stattfand), um Hitler und seine Freunde mit einer wohlgezielten Bombe zu vernichten."(E. Raczynski "In Allied London" S. 22 ff)

"Der Entschluß Polens vom 30. August 1939, der dem Befehl zur allgemeinen Mobilmachung zugrundelag, kennzeichnet einen Wendepunkt in der Geschichte Europas. Hitler wurde damit vor die Notwendigkeit gestellt, Krieg zu führen zu einem Zeitpunkt, da er weitere unblutige Siege zu erringen hoffte." (So der polnische General Kazimierz Sosnokowski, Minister im exilpolnischen Kabinett am 31.8.1943).

"Im britischen Unterhaus herrschte Unruhe. Ein Abgeordneter der Arbeiterpartei begegnete dem britischen Außenminister Lord Halifax am 2. September in der Wandelhalle des Parlaments. 'Haben Sie noch Hoffnung?' fragte er. 'Wenn Sie Hoffnung auf Krieg meinen', antwortete Halifax, 'dann wird Ihre Hoffnung morgen erfüllt sein.' 'Gott sei Dank', erwiderte der Vertreter der Arbeiterpartei.' (Frankfurter Allgemeine 1.9.1959 und 12.10.1963)

Lord Halifax, britischer Außenminister, kurz nach dem Ultimatum an Deutschland, am 3. September 1939:

"Jetzt haben wir Hitler zum Krieg gezwungen, so daß er nicht mehr auf friedlichem Wege ein Stück des Versailler Vertrages nach dem anderen aufheben kann....."



Das britische Kriegskabinett 1939
von lks. n.r. (stehend) Sir John Anderson (Minister für Innere Sicherheit), Lord Hankey (Minister ohne Portopee), Leslie Hore-Belisha (Kriegsminister), Winston Churchill (Erster Lord der Admiralität), Kingsley Wood (Staatssekretär für Luftfahrt). Anthony Eden (Staatssekretär für die Dominien), Edward Bridges (Sekretär des Kriegskabinetts).
(sitzend) Lord Halifax (Außenminister), John Simon (Schatzkanzler), Neville Chamberlain (Premierminister), Samuel Hoare (Lord Siegelbewahrer) und Lord Chatfield (Minister für Verteidigungskoordination).

Das Kriegsziel Grossbritanniens

Von England aus wurde zum erstenmal die Vernichtung eines Volkes als Kriegsziel verkündet. Weder gab es in Deutschland zu jenem Zeitpunkt ein Programm zur "Endlösung der Judenfrage" noch eines "zur Vernichtung des polnischen Volkes", noch haben je deutsche Redner oder Staatsmänner die Vernichtung Englands oder anderer Völker als Kriegsziel aufgestellt oder auch nur als Wunsch anklingen lassen. Großbritannien hat für einen Sachverhalt, der nicht die britischen Interessen unmittelbar berührte, Deutschland den Krieg erklärt, seine Vernichtung gefordert und alles für die Ausweitung und Brutalisierung des Krieges getan. Russel Grenfell schrieb über die Kriegsziele Churchills und damit Großbritanniens:

"Was also blieb für Churchill als Kriegsziel übrig? Unsere alten Bekannten: die Ausrottung der Nazi - Tyrannei und des preußischen Militarismus.....
Diese Tyrannei als solche unterdrückte das englische Volk nicht. Was also ging es die Engländer an, ob die Deutschen unter einer tyrannischen Regierungsform leben sollten oder nicht? Hatte nicht die Atlantik - Charta erklärt, die Engländer 'respektieren das Recht der Völker, die Regierungsform, unter der sie leben wollen, selbst zu wählen?' Wenn sich also die Deutschen nicht selbst dafür entschieden, ihre Nazityrannei abzuschütteln, warum sollten dann viele, viele Engländer sterben, um die Deutschen davon zu befreien?

Angenommen aber, daß die zwangsweise Unterdrückung von Tyrannei in fremden Ländern eine Pflicht der Engländer sei, wieso wurde dann eine andere Tyrannei zu einem Partner der Engländer bei diesem Vorhaben gemacht? Die kommunistische Tyrannei in Rußland war schlimmer als die Nazityrannei in Deutschland; die allgemeinen Lebensumstände des russischen Volkes lagen weit unter denen der Deutschen. Sklavenarbeit hatte in Rußland, gemessen an Vergleichbarem in Deutschland, einen gigantischen Umfang.....

Und doch begrüßte Churchill Rußland als willkommenen Verbündeten, als es in den Krieg hineingebracht wurde: einen Tyrannen als Helfer, einen anderen zu schlagen. Es ist klar: die Tyrannei an sich zu vernichten, war nicht Mr. Churchills Ziel. Er war nicht einmal sehr daran interessiert, die Nazityrannei selbst zu überwinden, als ihm eine Möglichkeit geboten wurde, dieses Ziel zu erreichen (mit Hilfe des deutschen Widerstandes).... Churchills Erklärung, die Nazityrannei ausrotten zu wollen, wirkte durchaus nicht überzeugend auf die Deutschen, daß diese Tyrannei schlecht für sie sei; im Gegenteil, sie mußten sie als so erfolgreich ansehen, daß Deutschlands Feinde entschlossen waren, sie zu zerstören..."

Und was schreibt Winston Churchill nach Kriegsende in seinen Memoiren über seine und seiner Bundesgenossen blindwütigen Zielsetzungen?

"Mein Hauptbeweggrund, die Bekanntgabe festumrissener Friedensbedingungen immer wieder abzulehnen, obwohl sie oft verlangt wurde, war, daß eine Erläuterung der Bedingungen, auf denen die drei großen Bundesgenossen unter dem Druck der öffentlichen Meinung hätten bestehen müssen, auf jede deutsche Friedensbewegung noch abstoßender gewirkt hätte als die verschwommene Formel 'bedingungslose Kapitulation'. Ich erinnere mich an einige Versuche, Friedensbedingungen zu entwerfen, mit denen man dem Rachedurst der Sieger Genugtuung verschaffen wollte. – Sie wirkten schwarz auf weiß so fürchterlich und gingen so weit über das hinaus, was später in Wirklichkeit geschah, daß ihre Veröffentlichung den deutschen Kampfwillen nur geschürt hätte. Man mußte sie tatsächlich nur niederschreiben, um sie zu verwerfen."

Winston Churchill im Unterhaus am 15.2. 1942:

"Davon (Eintritt der USA in den Krieg) habe ich geträumt, darauf habe ich hingearbeitet, und nun ist es soweit."



Winston Churchill, Haßagitator für den Krieg

In einem Brief an Stalin vom 24.1.1944:

"Wir dachten nicht an den Abschluß eines Separatfriedens sogar in jenem Jahr, als wir ganz allein waren und leicht einen solchen Frieden hätten abschließen können ohne ernste Einbuße für das britische Empire, und zwar vornehmlich auf Ihre (Stalins) Kosten. Warum sollten wir hierüber jetzt anders denken, da die Sache für uns drei dem Siege entgegengeht? "

Ein Historiker, der sich mit der Geschichte der deutschen Spaltung beschäftigte, mußte zugeben, daß die Pläne über die Teilung Deutschlands bereits "lange, bevor die diplomatischen Erwägungen sich mit diesen Plänen befaßt haben, in Politik und Publizistik diskutiert worden sind". Diese Gedanken hätten eine "dauernde Schwächung der deutschen Zentralgewalt in Mitteleuropa" vertreten und empfohlen. Herr Eduard Benesch ging bereits unmittelbar nach seinem Rücktritt als tschechischer Staatspräsident im Oktober 1938 soweit vorzuschlagen, daß mindestens 800.000 bis 1 Million Sudetendeutsche, vornehmlich die Intelligenz und das Bürgertum, aus ihrer Heimat hinausgeworfen werden müßten.

Waren die Initiatoren des Versailler Friedens die ersten, die entgegen den Grundsätzen vom "Selbstbestimmungsrecht der Völker" Grenzveränderungen zum Nachteil Deutschlands so vorgenommen haben, daß millionengroße Volksgruppen gegen ihren Willen fremden Staatsgewalten zwangsweise unterstellt und von jenen Staaten - insbesondere Polen und Tschechoslowakei - unter Fremdenrecht eingestuft, aus der Wirtschaft gedrängt, einem dauerhaften Volkstumskampf mit ungleichen Mitteln ausgeliefert und schließlich schon vor Kriegsbeginn 1939 zu Hunderttausenden vertrieben wurden, so war es der tschechische Staatspräsident Eduard Benesch, der als erster die Vertreibungspolitik von Millionen von Menschen in die Kriegszielvorstellungen der Alliierten einbrachte.

Man kann alle die Fragen im einzelnen durchgehen, ob England 1939 - 1945 für den Frieden, die Freiheit, die Humanität, die Demokratie, gerechte Grenzen, Gleichbehandlung der Völker, Verhinderung von Aggressionen, keinerlei Expansion irgendeiner Macht usw. kämpfte, und wird feststellen, daß Englands Krieg damit nicht das geringste zu tun hatte, sondern es in der Tat ausschließlich um rücksichtsloseste Machtpolitik nach dem Prinzip des vermeintlichen "Europäischen Gleichgewichtes" ging. (In dem Buch von Walendy: "Europa in Flammen 1939-1945" Bd. II S. 83 ff sind diese Fragen im einzelnen umfassend analysiert worden). Pater E.J. Reichenberger (in "Wider Willkür und Machtrausch" S. 425) hat dies treffend so zusammengefaßt:

"Es ist heute meine Überzeugung, die sich vor allem in England gefestigt hat, daß der Krieg mit den Nazis gar nichts zu tun hat, überhaupt um kein Ideal geführt wird, sondern nur das Ziel hat, das deutsche Volk zu vernichten und Englands Weltmacht aufrechtzuerhalten zum Vorteil einer kleinen Clique..... Alles was die dort herrschende Clique den Nazis vorwirft, praktiziert sie selbst skrupellos."

Churchill und Roosevelt waren sich darüber einig, daß man in Deutschland keine Oppositionsbewegung zu begünstigen wünscht. Die westliche Propaganda wurde angewiesen, über die Behandlung nach dem Kriege keine spezifizierten Versprechungen zu machen. Deutsche Oppositionelle bekamen in London und Washington immer wieder zu verspüren, wie lästig ihre Anwesenheit wäre. Es existierte im Bewußtsein der westlichen "Demokraten" nur ein Deutschland, das "bestraft" werden sollte, d.h. ein Deutschland, dem jede wie immer geartete Rechtsbasis verweigert werden sollte; denn nur so konnte das Ziel, Deutschland zu zerstückeln, "gerechtfertigt", "legalisiert" werden.

Churchill empfahl wohl einen Umsturz in Italien, aber nicht in Deutschland, obwohl dies die eigenen Verluste enorm steigern und den Krieg verlängern mußte. So waren sich Churchill und Roosevelt mit Stalin dahingehend einig, auch allein wegen der "Kompensationen, die Polen im Westen erhalten sollte", d.h. um der Zerstückelung Deutschlands willen, "den Krieg lieber etwas zu verlängern" (Jalta Dokumente S. 133, 142). Die Formel "Bedingungslose Kapitulation" schien den "Großen Drei" geeignet, sich jeglicher Verpflichtung zu entziehen, "mit irgendeinem Deutschen irgendeine ihre Zukunft betreffende Frage zu erörtern". Auch deutsche Kapitulationsangebote sollten auf die Kriegsverlängerung keinen Einfluß haben.

Als einzige Folgerung für diese Haltung bleibt: Eine deutsche Kapitulation hätte die Alliierten des "Bestrafungs"-Motivs beraubt, das sie für ihre Zerstückelungspolitik so dringend brauchten. Niemand sollte so leicht durchschauen können, daß die eigentlichen "Aggressoren" und "Kriegsverbrecher" in Wirklichkeit in Washington, London und Moskau saßen. Deshalb Schaffung von Notwendigkeiten, die "den in die Ecke getriebenen Gegner" zum Kampf zwingen sollten, Vereitelung aller Friedensverhandlungen und -vermittlungen, Ausweitung des Krieges auf eine Vielzahl von Ländern, Brutalisierung des Krieges bei gleichzeitiger Verstärkung der Verleumdungs- und Greuelhetze gegenüber diesem Gegner. Bei so arrangierter Sachlage ließ sich dann das von vornherein ins Auge gefaßte Ziel motivieren und durchsetzen.

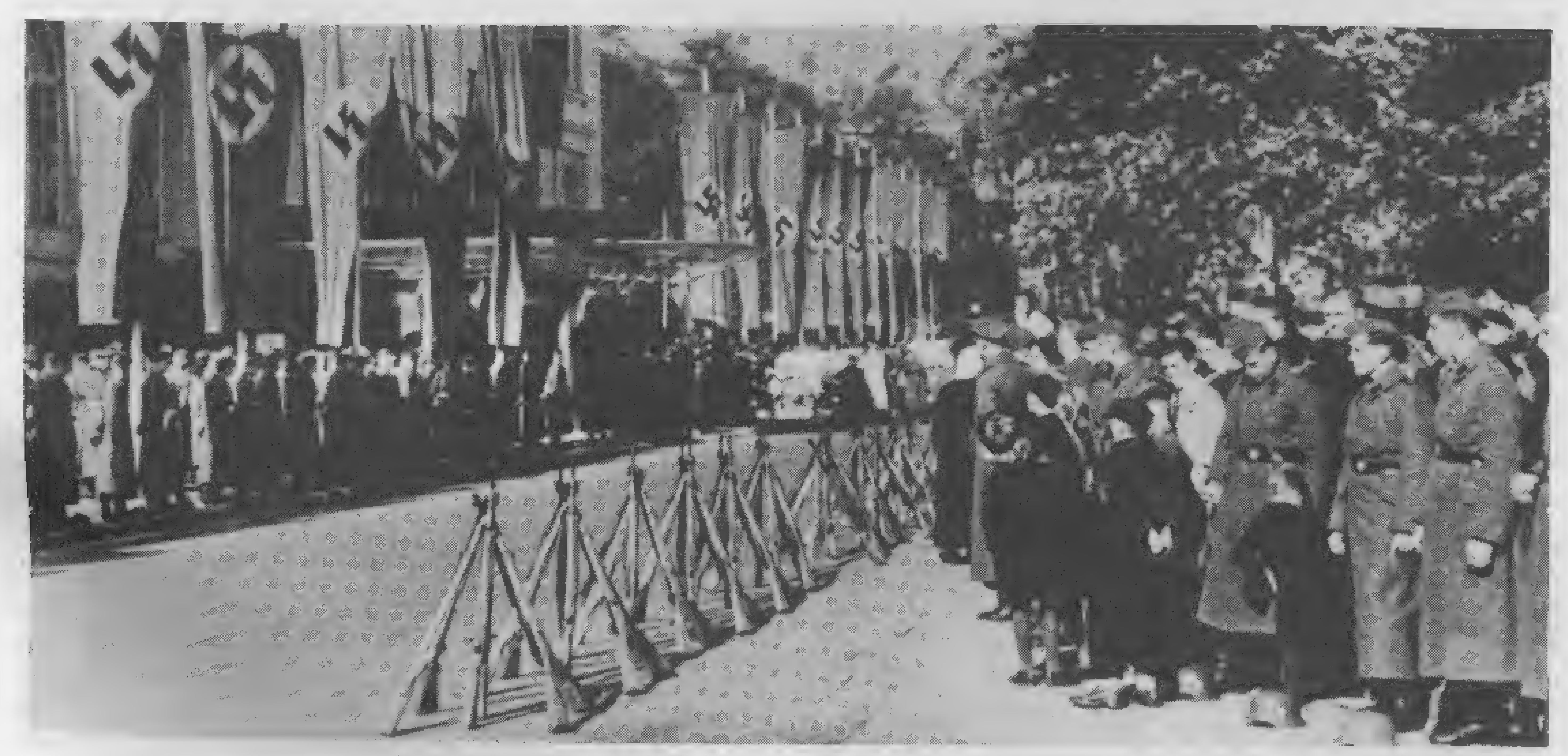
Die Analyse der britischen oder auch der us-amerikanischen Kriegsziele (von den sowjetischen ganz zu schweigen) macht eine erschreckend grundsatzlose Haltung anderen Menschen, anderen Völkern gegenüber deutlich, ob sich dies nun auf Deutschland als dem Gegner, oder auf die "kleinen Verbündeten" bezieht, die sich nur bedingungslos diesem proklamierten Kriegsgeschrei anzuschließen und sich entsprechend zu schlagen hatten. Bei einer so bestellten Sachlage kann es an sich auch nicht verwundern, daß diese "kleinen Verbündeten", vornehmlich jene in Ost-Mittel-Europa bedenkenlos der Machtgier des sowjetischen Bundesgenossen geopfert wurden, - ohne die geringsten moralischen Hemmungen. So ist die Geschichte des Krieges gegen Deutschland gleichzeitig ein furchtbares Lehrbeispiel für den Verrat an ganz Osteuropa. Beides stellt eine Einheit dar. Die Kriegszielbeschlüsse von Teheran (Nov. 1943), Jalta (Febr. 1945) und Potsdam (Juli/Aug. 1945) sind nicht nur Beschlüsse gegen Deutschland gewesen, sondern Beschlüsse, die eine moralische Entwurzelung für alle europäischen Völker zum Inhalt hatten. Nur brutale Macht war der Maßstab für jene Entscheidungen, nichts anderes!

Um die Groteske voll zu machen: Jene Völker, die mit den Schlachtrufen: "Vorwärts christliche Soldaten", "Für die Freiheit der Völker", "Für die Demokratie", "Für die Menschenrechte", usw. zur Kriegführung aufgeputscht wurden - natürlich auch mit entsprechender Greuelpropaganda gegen die Feinde -, wurden von drei Männern geführt, von denen kein einziger sich für die entscheidenden Fragen während ihrer gesamten Amtszeit Rat oder gar Billigung ihrer Parlamente oder auch nur Kabinette eingeholt hatte. Alle "Großen Drei" - Churchill, Roosevelt und erst recht Stalin - haben absolut diktatorisch gehandelt und entschieden, den ganzen Krieg über, in bezug auf alle den Krieg und die Richtlinien der Politik betreffenden Fragen und Problembereiche! Keiner von ihnen war "christlich", keiner "demokratisch", keiner von Moralgrundsätzen motiviert!

Der Ausverkauf Polens

Die Führer der britischen Kriegspartei waren um die Jahreswende 1938/1939 "beunruhigt darüber, daß die Polen die deutsche Seite wählen könnten", und bestärkten bereits zu jener Zeit mit Hilfe einer unentwegten Gerüchtepolitik, Hilfszusagen und Anerkennung des polnischen "Großmachtstandpunktes" die polnische Regierung in dem Glauben, ihre Ambitionen gegenüber dem Dritten Reich mit Hilfe Großbritanniens durchsetzen zu können. Der hierfür von London inszenierte Eifer überraschte die polnischen Politiker unentwegt. So war Warschau von der britischen Garantie - vor allem auch vom weitreichenden Wortlaut, der eine Blankovollmacht war - überrascht, hatte doch die polnische Regierung nicht darum gebeten; sie war weiter überrascht über die nicht enden wollenden Gerüchte aus London über militärische Vorbereitungen Deutschlands gegenüber Polen, die Ermutigungen in der Danzig-Frage, über das Bemühen, Polen zum Helden des Widerstandes gegen Deutschland zu machen ohne dabei im geringsten den polnischen Befürchtungen gegenüber der UdSSR Rechnung zu tragen.

Mit an Dreistigkeit sich steigernden Initiativen bis hin zu mehrfachen Kriegsdrohungen (die erste am 26. März 1939), verstärkten Aktionen gegenüber den Volksdeutschen in Polen, Aushungerung Danzigs usw. testeten die polnischen Führungskreise die Zuverlässigkeit der britischen Ermutigungen; sie wurden in der Tat bis Kriegsbeginn hierin nicht enttäuscht. Doch man wußte in Warschau nicht, daß London und Paris bereits seit langem vorher die Sowjetunion in die beabsichtigte militärische Auseinandersetzung hineinzuziehen bemüht waren und dem Drängen Stalins auf Einmarscherlaubnis auch in Polen sowohl mit ihrem Vertrag vom 15. Juli 1939, als auch in ihren Noten vom 22. August 1939 auf Kosten der polnischen Selbständigkeit und polnischen Rechte längst stattgegeben hatten. Überhaupt war man in Warschau zu hochmütig und damit den Realitäten der machtpolitischen Lage zwischen Deutschland und der UdSSR gegenüber blind geworden. So merkte man nicht, daß niemand dieser "Freunde" eine "Großmacht Polen" im Auge hatte, sondern Polen als Mohren benutzte, dem man einen Tritt geben konnte, nachdem er seine Rolle des Kriegsauslösers gespielt hatte.



1. September 1939 vor der Krolloper in Berlin
Der Feldzug gegen Polen hat begonnen
14 Tage nach Kriegsausbruch wollte die Polnische Armee hier die Siegesparade durchführen.
Doch daraus wurde nichts.

Zwar erklärten Großbritannien und Frankreich in Erfüllung ihres Vertrages mit Polen am 3. September 1939 den Krieg an Deutschland, doch erklärten sie keinen Krieg an die Sowjetunion, als diese am 17. September binnen weniger Tage 51% des polnischen Territoriums besetzte; sie erhoben nicht einmal Protest! Das "moralische Weltgewissen" schwieg zur brutalen Machtpraxis der Sowjets in Ostpolen, zur Zwangsdeportation von 1,7 Millionen Polen in alle Teile der Sowjetunion, von denen 1 Million verschollen blieb; es sollte zu allem Nachfolgendem ebenso schweigen bis auf den heutigen Tag.

Die sich schließlich in England bildende polnische Exilregierung war lediglich dafür vorgesehen, Truppen zum Kampf gegen Deutschland zu mobilisieren; sie hatte zu kämpfen nach britischer Anweisung, nichts weiter.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion

Besorgt um ein britisch-sowjetisches Abkommen, aber auch, (angeblich!) "um die Amerikaner nicht zu ermutigen, den europäischen Problemen den Rücken zu kehren" (E. Rozek "Allied Wartime Diplomacy - A Pattern in Poland" New York 1958 S. 59 - 61 und folgende) drängten Churchill und sein Außenminister Eden den exil-polnischen Ministerpräsidenten Sikorski, einen polnisch-sowjetischen Vertrag unter Ausschluß der Grenzfrage abzuschließen. Sikorski wurde untersagt, den von Eden vorgelegten Entwurf mit seinem Kabinett zu erörtern; Korrekturen durfte er nur in aller Eile vornehmen; berücksichtigt wurden sie ohnehin nicht. Eden:

"Ob Sie wollen oder nicht, eine Übereinkunft mit der Sowjetunion muß unterzeichnet werden".

Vier Tage später, am 19.7.1941 wurde Sikorski unter britischem Druck gezwungen, den vom sowjetischen Botschafter Maisky vorgelegten Wortlaut anzunehmen. Der Vertrag, der am 30. Juli 1941 abgeschlossen wurde, erwähnte keine der für die polnische Unabhängigkeit bedeutungsvollen Angelegenheiten (Grenzen, Struktur des zukünftigen Polen), sondern lediglich die Verpflichtungen, die Polen im Sinne einer gemeinsamen Kriegführung gegen Hitler einzugehen habe.

Wenige Stunden nach Unterzeichnung betonte Washington in einer Note an Sikorski, daß "die USA keine Änderung der Vorkriegsgrenzen" anerkennen. Aber die Garantie währte nur einen Tag, denn bereits am 31.7.1941 zog Roosevelt "angesichts des erfolgreichen Abschlusses des polnisch-sowjetischen Vertrages" diese Garantie wieder zurück. Mister Eden überreichte Sikorski eine offizielle britische Note:

"Gelegentlich der Unterzeichnung der polnisch-sowjetischen Übereinkunft...... wünsche ich Ihnen auch zu versichern, daß die Regierung Seiner Majestät keine territorialen Veränderungen, welche sich seit August 1939 ereignet haben, anerkennt."

Auch diese Garantie war kurzlebig.

Welchem Druck die polnische Regierung durch ihre Freunde ausgesetzt war, erhellt aus einer Ansprache Sikorskis am 5. August 1941 vor zwei polnischen Panzer-Bataillonen in Blairgowrie, Schottland:

"Hätte ich diesen Vertrag nicht unterzeichnet, würdet Ihr Soldaten unserer Armee heute entwaffnet und entweder in Arbeitsbataillone oder Internierungslager überführt worden sein."

Vollendete Tatsachen

Bereits am 7.3.1941 sandte Churchill an Roosevelt ein Telegramm:

"Die wachsende Ernsthaftigkeit des Krieges bewog mich zu der Auffassung, daß die Prinzipien der Atlantik-Charta nicht so ausgelegt werden sollten, daß Rußland auf die Grenzen, die es beim Angriff Deutschlands besessen hatte, zu verzichten hätte."

Aus dem Schweigen der westlichen Politiker und Diplomaten zur polnischen Frage konnte Stalin schließen, daß die Westmächte Ostpolen bereits preisgegeben und auch die weiteren sowjetischen Kolonialansprüche gegenüber Polen in Kauf genommen hatten. — In einer Konferenz zwischen Eden und Roosevelt im März 1943 empörte sich der britische Außenminister über "den unmäßigen Ehrgeiz der Polen, aus diesem Kriege als das mächtigste Land in Osteuropa hervorzugehen, wenn Deutschland und die UdSSR geschwächt sein würden". Roosevelt ging über diese Kritik hinaus:

"Der Präsident sagte, daß nach allem die Großmächte zu entscheiden haben, was Polen bekommen solle und daß er, Roosevelt, nicht beabsichtige, zu der Friedenskonferenz zu gehen und mit Polen oder anderen kleinen Staaten zu verhandeln."

Wie wenig die beiden Westmächte an den Belangen Polens interessiert waren und wie sehr sie die polnische Regierung dadurch auf verlorenen Posten stellten, ergibt sich u.a. auch daraus, daß London und Washington nie gegen die unmenschliche Behandlung der verbündeten Polen durch die Sowjets protestiert haben. Alle im ostpolnischen Gebiet beheimateten Personen einschließlich der polnischen Botschaftsangehörigen in Moskau wurden kurzerhand zu sowjetischen Staatsbürgern erklärt. Dadurch wurde die polnische Botschaft in Moskau in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 in ihrer Tätigkeit völlig gelähmt, die Versorgung der polnischen Deportierten in den russischen Lagern unterbunden und die Aufstellung einer polnischen Armee verhindert, hinausgezögert und der polnischen Botschaft entzogen.

Schweigen zum Massaker von Katyn

Als am 5. April 1943 die Reichsregierung der Weltöffentlichkeit den Massenmord an über 10.000 polnischen Offizieren im Wald von Katyn mitteilte und um Untersuchung durch das Internationale Rote Kreuz bat, reagierte die polnische Exilregierung schnell, heftig — und endlich einmal selbständig: Sie schloß sich der Bitte um Aufklärung durch das Internationale Rote Kreuz an! Aber Churchill protestierte sofort gegen diese "Eigenmächtigkeit", erhob bittere Vorwürfe gegen die Polen und machte sich die sowjetische Auffassung zu eigen, daß jedes Untersuchungsbegehren zu vereiteln und die Schuld an diesen Morden den "Faschisten" zuzuschieben sei.

Dabei wußte auch Churchill selbstverständlich, wie es um diesen Sachverhalt bestellt war, hatte er doch jahrelang bereits die Klagen seiner polnischen Exilfreunde in den Ohren, die um den Verbleib der zwangsdeportierten ostpolnischen Bevölkerung und speziell um den Verbleib der polnischen Offiziere auf allen diplomatischen Ebenen täglich zirkulierten. Aber was scherte diesen Premier des Britischen Empire Moral !

Daß, was ein us-amerikanischer Senatsausschuß im Jahre 1951 noch einmal einer genauen Untersuchung für wichtig genug fand, war in sich der britischen Regierung auch schon im Jahre 1943 bekannt. Es sei aber hier noch einmal kurz in Erinnerung zurückgerufen, wobei zunächst die Feststellung bezeichnend genug ist, daß sowohl die sowjetische Regierung als auch die kommunistische Warschauer Regierung sich geweigert haben, diesem US-Senatsausschuß Beweismittel für ihre Darstellung zur Verfügung zu stellen, daß die Deutschen diese Morde auf dem Gewissen hätten. Aus einer Dokumentation zum Ergebnis dieser US-Senats-Untersuchung sei daher folgendes zitiert, um vor allem auch die Mentalität deutlich zu machen, der sowohl das polnische wie das deutsche Volk, ja Europa in den Jahren 1939- 1945 in Form des kommunistischen Terrorsystems und speziell in seiner stalinistischen Prägung gegenüberstand und mit der sich die westlichen Mächte im vollen Wissen um diese Zusammenhänge verbündet haben:

"Unzweifelhaft und selbst von den Sowjets nicht bestritten ist die Tatsache, daß die späteren Opfer von Katyn im September 1939 nicht in die Hand der deutschen Wehrmacht, sondern der Roten Armee gefallen sind.

Als der deutsch-polnische Krieg bereits entschieden war und die deutschen Truppen in das östliche Polen vorstießen, überschritt am 17. September die Rote Armee ohne jede diplomatische Vorankündigung die polnische Grenze, brach den Widerstand der polnischen Grenzsicherungen und besetzte das östliche Polen. Alles, was den Sowjets an polnischen Soldaten in die Hände fiel, gleichgültig, ob im Kampf, ob waffenlos durchs Land streifend oder ob bereits im Arbeitsrock daheim, wurde gefangengenommen. Nach den damaligen Angaben der sowjetischen Presse gerieten etwa 2oo.ooo polnische Soldaten in Gefangenschaft ....

Von einer dem Völkerrecht entsprechenden Behandlung der gefangenen Soldaten war keine Rede. Der Oberst Grobicki (1932-1936 polnischer Militärattache in Berlin) und der ehemalige Offiziersanwärter Gawiak haben vor dem Washingtoner Sonderausschuß sehr eingehende Bekundungen gemacht.

Grobicki wurde am 26. September 1939, während seine Kavalleriebrigade an der Bahnstrecke Lemberg-Przemysl im Kampf mit deutschen Truppen stand, mitsamt seinem Adjutanten auf einem Ritt zum Korpsgefechtstand von einem 'eingesickerten' Trupp Rotarmisten überfallen und überwältigt. Er wäre ohne Eingreifen des Kommandoführers, der ihn als Oberst und daher wichtigen Gefangenen erkannte, sofort erschossen worden, da er sich beim Sturz vom Pferde



Katyn. – Sie alle starben durch Genickschuß – Opfer sowjetischen Mordterrors, wie er nicht nur gegen Polen Anwendung fand.

die Hüfte schwer verletzt hatte und, obschon mit Kolbenstößen und Bajonettstichen angetrieben, außerstande war zu laufen. Nach wiederholten Vernehmungen durch NKWD-Offiziere wurde er innerhalb der nächsten Tage zusammen mit anderen Kameraden nicht weniger als dreimal an die Wand gestellt, um erschossen zu werden. In jedem Fall erschien in letzter Sekunde eine Ordonnanz mit dem Befehl: 'Die Hinrichtung ist abgesagt'......

Der damals 19-jährige Offiziersanwärter Gawiak (kam nach empfindlichen Haftbedingungen) über das Lager Szypytowka (Sowjetunion), wo etwa 8.000 Polen und zwar Offiziere, Polizeibeamte, Soldaten, Beamte, Gutsbesitzer und andere Zivilisten zusammengepfercht waren, schließlich in das Lager Kosielsk. Dort wurde er erneut bei einer Vernehmung bewußtlos geschlagen und danach in eine Strafzelle gebracht. Gawiak berichtet darüber:

'In diesen Baracken machte ich die Bekanntschaft mit ihren modernen und neuen Foltermethoden. Als ich das Bewußtsein wiedererlangt hatte, brachten sie mich in eine Zelle, die niedriger war als ich. Ich mußte während meines ganzen Aufenthaltes in ihr gebückt stehen. Ich konnte mich nicht setzen, weil die Zelle bis in Kniehöhe mit Wasser gefüllt war und mit dem Kot derer, die vor mir darin gewesen waren.... Ich blieb 24 Stunden in dieser Zelle eingesperrt. Als ich herauskam, konnte ich weder die Arme noch die Beine bewegen..... Diese Prozedur praktizierten sie vor allem an den jüngeren Gefangenen....'

Die Überstellung von kriegsgefangenen Soldaten an die NKWD, also ihre Behandlung als politische Verbrecher oder als Staatsfeinde.... ist eine von Anbeginn geübte Praxis des bolschewistischen Systems, das aus seiner Ideologie heraus nur Werkzeuge oder Feinde seiner selbst kennt."

Die polnische Exilregierung in London hat mit ihrer 1946 veröffentlichten Dokumentation "Facts and Documents Concerning Polish Prisoners of War Captured by the U.S.S.R. during the 1939 Campaign" als feststehende Tatsachen bestätigt: In den sowjetischen Gefangenenlagern in Kosielsk (etwa 5.000), in Starobielsk nahe Charkow (etwa 4.000). nahe Ostaschkow auf einer Insel im Seligersee (6.500) waren rund 15.000 Offiziere und Dienstgrade der polnischen Armee erfaßt, intensiven Verhören und Umerziehungstests unterworfen, dann inTransportzügen in die Nähe von Smolensk,dann mit Gefangenen-LKWs in die Katyner Wälder verbracht worden. Seitdem wurden 15.000 zur Elite des polnischen Volkes gehörende Offiziere, Ärzte, Wissenschaftler, Geistliche vermißt. Alle Interventionen bei den Sowjets um Auskunft über das Schicksal dieser Menschen wurden mit nichtssagenden Phrasen abgewiesen. Nur eine einzige Ausrede hatte keiner der sowjetischen Vertreter jemals verwendet: daß nämlich diese Gefangenen nach Beginn des Rußlandfeldzuges den Deutschen in die Hände gefallen wären, weil man sie nicht rechtzeitig hätte abtransportieren können. Auf diesen Dreh kamen sie erst zwei Tage nach der deutschen Rundfunkmeldung über die Gräberfunde von Katyn. Die 4.143 exhumierten Leichen waren ausschließlich Insassen des Lagers Kosielsk. Die weiteren 10.000 sind nach wie vor spurlos verschwunden geblieben, doch besteht keinerlei Zweifel daran, daß sie das gleiche Schicksal erlitten haben. Auch Churchill wußte das, war er doch bereits in den zwanziger Jahren jener Mann, der mit größerem Eifer als andere drohend und warnend auf den "blutrünstigen Bolschewismus" und die von ihm ausgelöste "finstere Barbarei" mit Anführung konkreter Beispiele bereits aus jener Zeit und den Massenmörder Josef Stalin hingewiesen hatte!



Einer der 15.000: Ein polnischer Major

Sein Außenminister Anthony Eden beendete für die britische Politik mit einer Erklärung am 4. Mai 1943 diese "Affaire":

"Sr. Majestät Regierung hat ihr Bestes getan, um sowohl die Polen wie die Russen davon zu überzeugen, daß man diesen deutschen Manövern nicht gestatten dürfe. auch nur einen Anschein von Erfolg zu erzielen. Sie hat deshalb mit Bedauern erfahren, daß infolge eines Gesuches der Polnischen Regierung an das Internationale Rote Kreuz um Untersuchung der deutschen Darstellung die Sowjetregierung sich veranlaßt sah, die Beziehungen zur Polnischen Regierung abzubrechen."

"Katyn -
Ein ungesühntes Kriegsverbrechen gegen die Wehrkraft eines Volkes" - Schriftenreihe der Gesellschaft für Wehrkunde, München, Heft 4, 1952)

Wenige Monate später auf der Teheraner Konferenz besprachen "Die Großen Drei" die alliierten Kriegsziele. Gab es auch Übereinstimmung in der Zerstückelung Deutschlands und der Vertreibung von über 12 Millionen Deutschen aus Ostpreußen, Memelland, Posen-Westpreußen, Pommern, Ostbrandenburg, Schlesien, Sudetenland sowie den Volksdeutschen aus den übrigen osteuropäischen Ländern, so forderte Stalin die Erschießung von mindestens 50.000 deutschen Offizieren, ein Vorhaben, das bei den westlichen Partnern die gerade noch frische Erinnerung an Katyn und damit die sowjetische Absicht zur Liquidierung der gesamten Intelligenz der "kapitalistischen Staaten" wachrufen mußte. Churchill verließ auf diese Forderung hin zwar das Konferenzzimmer mit dem Bemerken, daß er die Ehre seines Volkes nicht durch eine solche Niedertracht beschmutzen lasse, doch ließ er sich mit dem "Kompromißvorschlag" des US-Präsidenten Roosevelt wieder begütigen, "nur" 49 000 zu erschießen. Man erklärte schließlich, "Stalin habe gescherzt" - "und der Rest des Abends verlief angenehm".

Winston Churchill, der sich angesichts dieser Stalin'schen Forderung entsetzt und angewidert mokierte, war es aber, der seinem Kumpanen Stalin mit Streichholzbeispielen vorschlug, die Polen "westwärts zu bewegen, wobei es nichts ausmache, wenn sie auf "einige deutschen Zehen treten" und wo "auch Raum genug sei", da Deutschland im Zweiten Weltkrieg bereits 6 Millionen Tote habe und "zu hoffen ist, daß bis Kriegsende eine weitere Million wird dran glauben müssen". Dieser Mann also, der sich brüskiert fühlte, als Stalin die Erschießung von 50.000 deutschen Offizieren forderte, war bemüht, weiterhin Millionen Tote in Kauf zu nehmen, ebenso wie sein "demokratischer" Bundesgenosse Roosevelt. Und dies ging nicht nur aus ihrer gemeinsamen Politik der "Bedingungslosen Kapitulation" hervor, nicht nur aus den Methoden ihrer Kriegführung gegen die deutsche Zivilbevölkerung, sondern auch daraus, daß sie keinerlei "Widerstands- kreisen" in Deutschland eine gemäßigte Alternative angeboten hatten.

In der Tat, der Krieg hatte nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun. Er wurde gegen das deutsche Volk geführt !

Verweigerte Verlängerung des britisch-polnischen Beistandspaktes

Der britisch-polnische Beistandspakt lief am 25.8.1944 aus. Bereits im Mai 1942 hatten Eden und Molotow eine Übereinkunft darüber erzielt, daß sie keine einseitigen Vereinbarungen mit irgendeinem kontinental-europäischen Land treffen würden. Als bekannt wurde, daß die "Tschecho-Slowakei" mit der UdSSR einen Vertrag über die Zusammenarbeit nach dem Kriege abzuschließen gedachte, legte das Foreign Office mit dem Hinweis auf diese Übereinkunft von 1942 ein Veto ein. Stalin ver-



Ausschreitungen der Zivilbevölkerung gegen Juden vor dem Einmarsch deutscher Truppen in Lemberg

wahrte sich mit dialektischem Zungenschlag gegen diese "falsche Interpretation" und schloß Ende November 1943 den Vertrag in Moskau ab. Der Text enthielt die Klausel, daß dem Vertrag auch andere ost- und südosteuropäische Länder beitreten könnten. Offensichtlich war hiermit der Hebel für die Sowjetisierung Osteuropas unter Ausschluß der Westmächte geschaltet worden. Großbritannien schwieg. Wenn die Polen hofften, daß sich Großbritannien angesichts dieses sowjetischen Vorgehens zumindest von seinen Verpflichtungen auf beiderseitige Absprachen mit der Sowjetunion entbunden fühlen und den britisch-polnischen Beistandspakt vom 25.3.1939 verlängern würde , so wurden sie wiederum enttäuscht. Der Vertrag mit Polen hatte seinen Dienst mit der Entfesselung des Krieges gegen Deutschland getan — er wurde nicht verlängert!



Brest-Litowsk am 22.9.1939 : russische Panzer während der deutsch-russischen Parade vor General Guderian und dem sowjetischen Brigadegeneral Kruvoschen anläßlich der Besetzung der Demarkationslinie

Weittragende Beschlüsse in Teheran

Am 4.7.1943 fiel Sikorski einem mysteriös gebliebenen Flugzeugunglück zum Opfer. Mikolajczyk übernahm den Posten des polnischen Ministerpräsidenten. Ende August 1943 empfing er einen Bericht polnischer Partisanen aus Warschau:

"Im Bezirk Bialystok wurde fast die gesamte polnische Intelligenz von kommunistischen Agenten ermordet. Diese Politik wurde nicht nur gegenüber einzelnen angewendet, sondern auch gegenüber ganzen Familien ungeachtet des Alters und Geschlechtes. Dies geschah entsprechend einer Liste systematisch, und zwar an allen Orten gleichzeitig. In Bialystok selbst wurden 1.25o Personen ermordet, während die in der gesamten Provinz liquidierten Personen auf 6.500 geschätzt wurden.

In Wolhynien dauerte die Liquidation von Polen erbarmungslos an. Ukrainer ergehen sich in blutigen Massakern. Die Polen wurden daran gehindert, westwärts hinter die Molotow-Ribbentrop - Linie zu fliehen.

Im Gebiet von Glebokie morden kommunistische Partisanen die Polen. Im Nowogrodek-Gebiet rotten Partisanengruppen "Stalincy" und "Msciciele" (Rächer) genannt, die Polen aus.

Reguläre sowjetische Truppen operieren in den Gebieten von Baranovicze, Nowogrodek und Slonim. Ihre Haltung zu den Polen ist feindlich.

In Wolhynien arbeiten sowjetische Partisanen mit den polnischen Banden von Kmicic zusammen. Vom II. Juli bis heute ermordeten sie alle Polen in den Kreisen Kowel, Wlodzimierz und Horochow. Nunmehr haben sie sich in die Provinzen Tarnopol und Lemberg ausgebreitet. Ukrainer fordern die Polen unter Androhung der Todesstrafe zum Verlassen dieser Gebiete auf. In Wilna sind die überlebenden Polen tief unglücklich. Die jüngeren Polen haben sich unseren Partisanen - Organisationen angeschlossen."

Angesichts zahlreicher ähnlicher Schreckensnachrichten der polnischen Untergrundeinheiten über das sowjetische Vorgehen sandte die polnische Regierung eine Note an die Alliierten. Sie blieb natürlich unbeantwortet. Mikolajczyk bat Churchill vor der Abreise nach Teheran um eine Aussprache. Sie wurde verweigert. Auch Roosevelt ging jedem Gespräch mit den Polen aus dem Weg.

Winston Churchill auf der Teheraner Konferenz am 28.11.1943:

"Nach dem Essen an diesem ersten Abend, als wir gerade durch den Raum schlenderten, führte ich Stalin zum Sofa und schlug vor, darüber zu sprechen, was nach dem gewonnenen Kriege geschehen solle ...

Ich schlug vor, wir sollten über die polnische Frage diskutieren. Er stimmte zu und bat mich zu beginnen. Polen war ja wichtig für uns. Nichts jedoch war wichtiger als die Sicherheit der russischen Westgrenze ...
Persönlich dachte ich mir, daß Polen sich westwärts bewegen solle, wie Soldaten, die zwei Schritt nach links aufschließen. Wenn Polen dabei auf einige deutsche Zehen trete, so könnte man dies zwar nicht verhindern, aber es müsse ein starkes Polen geschaffen werden ...

'Wollen wir versuchen', frug ich, 'die Grenzlinien zu ziehen?'
'Ja'.
'Ich bin vom Parlament nicht ermächtigt, aber wie ich glaube, hat der Präsident Grenzlinien zu ziehen ...'
Stalin frug, ob das polnische Problem ohne polnische Beteiligung entschieden werden solle. Ich sagte 'Ja'. Dann demonstrierte ich mit Hilfe von drei Streichhölzern meine Idee von der Westbewegung Polens. Das gefiel Stalin."

"Ich sagte dann mit einigem Nachdruck zu Mr. Eden, daß mein Herz nicht brechen wird angesichts der Abtretung eines Teiles von Deutschland an Polen oder angesichts von Lemberg."

So behandelte Churchill, der Mitschöpfer der Atlantik - Charta, seinen treuen Verbündeten, dessen "Unabhängigkeit" ihm angeblich teuer genug war, einen Krieg auszulösen und ihn zum Weltkrieg auszuweiten.

Mit Streichholzbeispielen demonstrierte der Premier des Britischen Imperiums, wie einfach die Vertreibung von Millionen von Menschen sei. Wußten diese Männer, worüber sie entschieden? US-Präsident Roosevelt frug Stalin, ob Ostpreußen und die deutschen Gebiete östlich der Oder so groß seien wie die polnischen Gebiete, die von der Sowjetunion gefordert würden. Stalin antwortete, er wüßte es nicht. Roosevelt: "Ob eine freiwillige Umsiedlung dieser Leute möglich sei? " Stalin versicherte: "Durchaus möglich!" Die Frage jedoch war nur für die Akten bestimmt. In Wirklichkeit hatte Roosevelt es dem tschechischen Exil-Präsidenten Eduard Benesch am 12.5.1943 längst anvertraut - zu einem Zeitpunkt, als Stalin seine letzten Absichten noch nicht bekanntgegeben hatte -, daß eine Vertreibung von 12 bzw. 18 Millionen Deutschen aus ihrer östlichen Heimat "die Zahl der Deutschen durch diesen Transfer wesentlich reduzieren würde." (E.J.Reichenberger "Fahrt durch besiegtes Land" S.8).Man gab sich zufrieden, galt es doch, möglichst viele Deutsche umzubringen! Und obgleich es auf der Teheraner Konferenz jenen bekannten Disput über Stalins Kriegszielforderung: Erschießung von mindestens 50.000 deutschen Offizieren gab, den Roosevelt dann mit der Reduzierung auf 49.900 zu beenden verstanden hatte, hob zum Ende dieser Konferenz Churchill sein Glas zum Toast auf Stalin mit den Worten: "Stalin sei es wert, 'Stalin der Große' genannt zu werden."



Unterzeichnung des britisch-polnischen Militärabkommens am 5. August 194o in London.
Von lks.. n.r.Lord Halifax, Raczinski, General Sikorski, W.Churchill, Zaleski und Attlee

"Sie haben anzunehmen"

In Anwendung der Teheraner Beschlüsse strich der britische Zensor in allen — auch den polnischen — Sendungen über BBC jeden Hinweis auf Lemberg und Wilna als polnische Städte, sowie Hinweise auf die Atlantik-Charta in Zusammenhang mit Ostpolen. Die britische Regierung schwieg weiter. Auch Roosevelt wünschte — angesichts der bevorstehenden Wahlen! — nicht auf die Teheraner Beschlüsse angesprochen zu werden. Niemand nahm Anteil an den polnisch-sowjetischen Beziehungen; die polnische Regierung stand grausam isoliert.

Wie Churchill sich einsetzte, formulierte er selbst am 1. 12. 1943:

"Nunmehr kam ich nochmals auf Polen zurück. Ich erklärte, es sei mir nicht um eine feste Vereinbarung zu tun, ich sei auch selbst noch nicht völlig überzeugt; dennoch hätte ich gern eine schriftliche Unterlage. Dann schlug ich folgende Formulierung vor:
"Man ist der Meinung, daß sich das Territorium des polnischen Staates und des polnischen Volkes im Prinzip ungefähr zwischen der sogenannten Curzon-Linie und der Oder erstrecken soll, und zwar unter Einschluß Ostpreußens (nach der vorliegenden Definition) und Oppelns; die eigentliche Grenzziehung erfordert jedoch weiteres eingehendes Studium und möglicherweise an einigen Punkten Bevölkerungs-Umsiedlungen." ...
Stalin zeichnete eine Linie in die Karte ein mit den Worten, Rußland brauche den eisfreien Hafen Königsberg. Dann säße Rußland im Nacken Deutschlands. Wenn er Königsberg erhalte, sei er durchaus willens, meiner Formel über Polen zuzustimmen. Ich kam auf Lemberg zurück. Stalin erwiderte, er werde die Curzon-Linie akzeptieren."

Irgendwie mußte den Polen der englisch-sowjetisch-amerikanische Wille dennoch beigebracht werden. Churchill sandte seinem Außenminister Eden am 30.12.1943 ein Telegramm:

"Ich glaube, es ist an der Zeit, daß Sie mit den Polen das Problem ihrer künftigen Grenzen erörtern. Sagen Sie ihnen, es geschehe auf meinen ausdrücklichen Wunsch ... Zeigen Sie ihnen die Formel und auf einer Landkarte die ungefähre Grenzlinie im Osten und im Westen die Oderlinie einschließlich des Regierungsbezirkes Oppeln. Sie bekämen derart eine herrliche Heimat von fünf- bis sechshundert Kilometer Länge und Breite. Die Küste wäre, auch wenn sie erst westlich Königsbergs beginnen würde, fast zweihundertfünfzig Kilometer lang. Obwohl es sich vorerst nur um sehr ungefähre Vorschläge handelt, müssen sich die Polen dennoch darüber klar sein, daß sie sehr unklug handeln würden, wenn sie sie von der Hand wiesen. Ich rate ihnen anzunehmen, auch wenn sie Lemberg nicht bekommen ..."

In einer schließlich am 20.1.1944 anberaumten Konferenz erklärte Churchill seinen polnischen Freunden: Er betrachte die Curzon-Linie als gerechte polnische Grenze. Großbritannien hätte lediglich die westliche Grenze Polens garantiert. Weder die USA noch Großbritannien würden der polnischen Ostgrenze wegen in einen Krieg ziehen. Die am 30.7.1941 angebotene Garantie, "keine territorialen Veränderungen anzuerkennen, die sich in Polen seit August 1939 zugetragen haben", wäre hinfällig. Polen werde im Westen bis zur Oder-Linie Kompensationen erhalten.

"Ich möchte, daß die polnische Regierung die Curzon-Linie ohne Lemberg als Basis für die Gespräche mit den Russen annimmt ... Sie haben dies nicht nur als Notwendigkeit anzunehmen, sondern Sie haben es gleichermaßen begeistert anzunehmen, denn es ist eine Lösung des polnischen Problems im großen Rahmen. Dies wird nicht nur im Interesse Polens gefordert, sondern im Interesse aller Vereinten Nationen. Sie werden Kompensationen bis zur Oder und Ostpreußen erhalten. Die Deutschen dieser Gebiete werden vollständig ausgetrieben werden müssen. Daher empfehle ich, diese Lösung anzunehmen, da ich sie als gerecht ansehe ...
Der Krieg kann nicht ohne Rußland gewonnen werden. Unsere Bomber allein werden ihn nicht gewinnen ... Nach dem Krieg werden die Russen konservativer werden ..."

Unter Verleugnung aller objektiven geschichtlichen Zusammenhänge erklärte Winston Churchill im britischen Unterhaus am 22.2.1944:

"Zweimal zu unseren Lebzeiten wurde Rußland gewaltsam von Deutschland angegriffen. Viele Millionen Russen wurden erschlagen und weite Teile russischen Bodens als Ergebnis wiederholter deutscher Aggression verwüstet. Rußland hat das Recht, sich gegen zukünftige Angriffe aus dem Westen zu sichern, und wir sehen gemeinsam zu, daß es diese Sicherungen erhält, nicht nur kraft seiner Waffen, sondern mit Billigung und Zustimmung der Vereinten Nationen."

Nicht nur log Churchill, was die Ursachen und Anlässe für die militärischen Auseinandersetzungen von 1914-1918 und 1941-1945 waren, sondern er log auch im Hinblick auf die Möglichkeiten, Voraussetzungen und humanitären Grundsätze für zukünftige Friedenssicherungen. Denn das wußte auch er: Vertreibung, Mord, Raub, Expansion können keine geeigneten Friedenssicherungs-Maßnahmen sein!

Ablenkung der Öffentlichkeit

Am 29.2.1944 gab das britische Informationsministerium eine Note an alle höheren Beamten und die Gestalter der öffentlichen Meinung in Umlauf, durch die sie angewiesen wurden, von den zu erwartenden Greueln der nach Mitteleuropa vorstoßenden Roten Armee durch eine "gegen den Feind gerichtete Greuelpropaganda abzulenken":

"Sir,
Ich bin vom Ministerium angewiesen, Ihnen den folgenden Rundbrief zu übersenden:
Es ist oft die Pflicht guter Bürger und frommer Christen, ein Auge zuzumachen gegenüber Besonderheiten jener, die mit uns verbündet sind. Aber es kommt die Zeit, da solche Besonderheiten, während sie noch in der Öffentlichkeit geleugnet werden, berücksichtigt werden müssen, wenn eine Stellungnahme von uns gefordert wird.
Wir kennen die vom bolschewistischen Diktator angewandten Herrschaftsmethoden in Rußland selbst, und zwar durch die Artikel und Reden des Premierministers persönlich im Verlauf der letzten zwanzig Jahre. Wir wissen, wie die Rote Armee sich in Polen 1920 verhielt und in Finnland, Estland, Litauen, Galizien und Bessarabien erst kürzlich.
Wir müssen daher in Rechnung stellen, wie die Rote Armee sich sicherlich verhalten wird, wenn sie Zentral-Europa überrennen wird. Wenn nicht Vorsichtsmaßnahmen in Angriff genommen werden, dann werden die augenscheinlich unvermeidlichen Schrecken, die sich ergeben, eine unpassende Belastung auf die öffentliche Meinung in diesem Lande werfen. Wir können die Bolschewisten nicht reformieren, aber wir können unser Bestes tun, um sie — und uns — vor den Konsequenzen ihres Handelns zu retten. Die Enthüllungen des letzten Viertels eines Jahrhunderts geben lediglich nicht überzeugende Verleugnungen wieder. Die einzige Alternative zur Verleugnung ist, die öffentliche Aufmerksamkeit von dem ganzen Thema abzulenken.
Erfahrung hat gezeigt, daß die beste Ablenkung eine gegen den Feind gerichtete Greuelpropaganda ist. Unglücklicherweise ist die Öffentlichkeit nicht mehr so empfänglich wie in den Tagen der "Leichen-Fabriken", der "verstümmelten belgischen Kinder" und der "gekreuzigten Kanadier".
Ihre Zusammenarbeit ist daher ernsthaft erbeten, um die öffentliche Aufmerksamkeit von den Taten der Roten Armee abzulenken, und zwar durch Ihre volle Unterstützung der verschiedenartigsten Anklagen gegen die Deutschen und Japaner, welche bereits vom Ministerium in Umlauf gebracht worden sind und weiter in Umlauf gebracht werden.
Ihre zum Ausdruck gebrachte Anschauung in diesen Dingen möge andere überzeugen.
Ich bin, Sir, Ihr ergebener Diener,
gezeichnet H. Hewet, Assistant Secretary
Das Ministerium kann in keinerlei Korrespondenz über diese Mitteilung, welche nur verantwortlichen Persönlichkeiten eröffnet werden sollte, eingehen."

Man wußte also in den Londoner Ministerien genau, was den Polen bei ihrer "Befreiung" bevorstand.
Im übrigen propagierte die britische Regierung inzwischen die Curzon-Linie mit Stalin'schen Veränderungen. Mit Bedacht auf die polnischen Wählerstimmen schob Roosevelt seinem Busenfreund die Aufgabe zu, den exilpolnischen Widerstand zu brechen.



Serbische Soldaten und Zivilisten in Nisch grüßen mit dem deutschen Gruß (14.4.1941)

"Ratschläge" der britischen Regierung

Ende Juli 1944 flog Mikolajczyk nach Moskau. Er erhielt vor seiner Konferenz mit Stalin und Molotow vom dortigen britischen Botschafter Kerr folgende Ratschläge, die nach Auffassung der britischen Regierung seine Position "stärken" sollten:

a) "Die Umbildung der polnischen Regierung in der Weise, daß gewisse Elemente, die hier als reaktionär und antisowjetisch angesehen werden, auszuschließen sind.
b) Die Anerkennung der Curzon-Linie als Ausgangspunkt für Verhandlungen.
c) Zurückziehen der Behauptung, daß die Massenmorde von Katyn von Russen begangen worden sind ... Der einfachste Weg, aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen, wäre die Anerkennung der Gutachten der sowjetischen Kommission, die dieses Verbrechen untersucht hat.
d) Eine Art Arrangement mit dem polnischen Komitee der nationalen Befreiung."

Keine Konsequenzen aus dem Warschauer Aufstand

Am 29.7.1944 rief der Moskauer Rundfunk zum Aufstand in Warschau auf. Hätte die polnische Untergrundbewegung nicht sofort auf diesen Appell reagiert, so wäre sie von der roten Propaganda noch intensiver als "Handlanger des Faschismus" diffamiert worden. Moskau hätte diesen "Beweis" präsentiert, daß alles Gerede von der Londoner Polen-Regierung über ihre Untergrundbewegung erfunden sei. Das NKWD hätte ein leichtes Spiel gehabt, die nationalen, auf die Londoner Exilregierung vereidigten Widerstandsgruppen in aller Stille zu liquidieren.

Bekanntlich blieb die Rote Armee am östlichen Weichselufer Gewehr bei Fuß stehen und ließ die Aufständischen sich in einem zweimonatigen Kampf verbluten. Vergeblich protestierte Churchill dagegen, daß Stalin sich sogar weigerte, britischen Hilfsflugzeugen Landeerlaubnis im sowjetischen Machtbereich zu erteilen. — Konsequenzen zog er nicht; er erwog sie noch nicht einmal. Die westlichen Pacht- und Leihlieferungen an die Sowjetunion wurden weder gestoppt noch eingeschränkt, noch ihre Unterbrechung angedroht. Die britische Presse schwieg entsprechend der zitierten Anweisung des britischen Informationsministeriums zum Warschauer Aufstand.

Von den "Freunden" verlassen

Am 9.10.1944 konferierte Churchill mit Stalin in Moskau über Osteuropa:

"Da mir der Moment günstig erschien, um die Dinge entschlossen anzupacken, sagte ich:
"Lassen Sie uns unsere Angelegenheiten im Balkan regeln. Ihre Armeen sind in Rumänien und Bulgarien. Wir haben dort Interessen, Missionen und Agenten. Lassen Sie uns dort nicht in kleinlicher Weise gegeneinander arbeiten. Um nur von Großbritannien und Rußland zu sprechen, was würden Sie dazu sagen, wenn Sie in Rumänien zu neunzig Prozent das Übergewicht hätten und wir zu neunzig Prozent in Griechenland, während wir uns in Jugoslawien auf halb und halb einigten?"
Während das übersetzt wurde, schrieb ich auf ein halbes Blatt Papier:
Rumänien:
  Rußland 90%
  Die anderen 10%
Griechenland:
  Großbritannien 90%
  (im Einvernehmen mit den USA)
  Rußland 10%
Jugoslawien .... 50 – 50%
Ungarn .... 50 – 50%
Bulgarien:
  Rußland 75%
  Die anderen 25%

... Ich schob den Zettel Stalin zu, der mittlerweile die Übersetzung gehört hatte. Eine kleine Pause trat ein. Dann ergriff er seinen Blaustift, machte einen großen Haken und schob uns das Blatt wieder zu. Die ganze Sache beanspruchte nicht mehr Zeit als sie zu schildern. Natürlich hatten wir unsere Haltung lang und sorgfältig überlegt; auch handelte es sich nur um eine momentane Kriegsmaßnahme. Alle größeren Fragen stellten beide Seiten für die, wie wir damals hofften, auf den Sieg folgende Friedenskonferenz zurück.
Diesmal trat ein langes Schweigen ein. Das mit Bleistift beschriebene Papier lag in der Mitte des Tisches. Schließlich sagte ich:

"Könnte man es nicht für ziemlich frivol halten, wenn wir diese Fragen, die das Schicksal von Millionen Menschen berühren, in so nebensächlicher Form behandeln? Wir wollen den Zettel verbrennen."
— "Nein, behalten Sie ihn", sagte Stalin ...

Polen war auf diesem Zettel schon gar nicht mehr erwähnt, es war schon zu 100% abgeschrieben.
Anläßlich der Moskauer Konferenz vom 14.10.1944 weigerte sich Mikolajczyk gegenüber Churchill, sein eigenes Todesurteil, das in Teheran bereits gefällt worden war, auch noch freiwillig zu unterzeichnen.

Churchill: "Das Lubliner Komitee sollte bevorzugt an dieser Regierung beteiligt werden."
Stalin: "Ihr Plan hat zwei große Schwächen: einmal ignoriert er das Lubliner Komitee, das in dem durch die russische Armee befreiten Teil Polens so gute Arbeit geleistet hat, und zweitens läßt er die Anerkennung der Curzon-Linie vermissen, ohne die keine polnische Regierung zu Rußland in Beziehung treten kann. Der Rest des Planes ist vielleicht annehmbar; aber diese beiden Punkte müssen berichtigt werden."
Churchill: "Ich sehe hier eine Möglichkeit zur Verständigung. Was die Grenzfrage angeht, so muß ich im Namen der britischen Regierung sagen, daß in Anbetracht der schweren Verluste, die Rußland erlitten hat, und angesichts der russischen Mithilfe bei der Befreiung Polens die Curzon-Linie als Polens neue Ostgrenze anerkannt werden sollte. Für das im Osten verlorene Gebiet wollen wir Polen mit Ostpreußen und einem Teil Schlesiens entschädigen. Alle seine Wünsche sollen befriedigt werden: es soll einen Zugang zum Meer haben, einen guten Hafen und wertvolle Bodenschätze.
Der neue polnische Staat wird keine Fiktion sein, wie Versailles sie sich ausdachte, sondern eine wirkliche, solide nationale Heimat, in deren Grenzen die Polen in Geborgenheit und Wohlstand leben können. Was ich soeben gesagt habe, werde ich bei Friedensverhandlungen wiederholen, falls man auf meine Stimme Wert legen sollte."
Mikolajczyk (zu Stalin): "Sie werfen mir vor, ich ignoriere das Lubliner Komitee. Sie aber ignorieren die polnische Regierung, die seit fünf Jahren ununterbrochen gegen die Deutschen kämpft, die starke Heere, eine Flotte und Luftstreitkräfte aufgestellt hat und nun an allen Fronten im Kampfe steht."

"Sie aber haben von der guten Arbeit des Lubliner Komitees gesprochen. Dieses Komitee hat es zugelassen: daß Soldaten der polnischen Heimatarmee, die der Roten Armee bei der Befreiung Polens geholfen haben,

verhaftet und deportiert wurden. Nennen Sie das gute Arbeit? "

Stalin (lachend): "So etwas kommt überall vor."

Mikolajczyk: "Ich kann die Curzon-Linie nicht akzeptieren. Ich habe nicht das Recht, 48 Prozent meines Landes mit fünf Millionen Einwohnern abzutreten." ...

Churchill: "Dann geben Sie wenigstens zu, daß die Curzon-Linie die de-facto-Grenze ist. Später, auf der Friedenskonferenz, können Sie ja dann um Abänderung nachsuchen."

Stalin: "Das eine möchte ich sofort klarstellen: Was Mr. Churchill soeben von einer eventuellen späteren Abtretung sagte, ist für die Sowjetunion unannehmbar. Wir ändern unsere Grenzen nicht nach Wunsch und Laune."

Mikolajczyk: "Beabsichtigen Sie, nach dem Kriege aus Polen einen kommunistischen Staat zu machen? "

Stalin: "Nein, keineswegs. Der Kommunismus paßt nicht zu den Polen. Sie sind zu individualistisch, zu nationalistisch. Polens künftige Wirtschaft dürfte auf privatem Unternehmertum basieren, denn es wird zu den kapitalistischen Staaten gehören. Es gibt kein Zwischensystem. Der Kapitalismus kann viele Formen annehmen und den verschiedenartigsten Kontrollen unterstehen. Aber was nicht Kommunismus ist, ist Kapitalismus."

Mikolajczyk: "Werden Sie der kommunistischen Partei in Polen verbieten, nach dem Kriege eine Revolution anzustreben? "

Stalin: "Jawohl, das werde ich. Polen soll von ideologischem Hader verschont bleiben. Aber es gibt Leute — sowohl links wie rechts —, die wir im politischen Leben Polens nicht dulden können."

Mikolajczyk: "Aber, Marschall, man kann nicht diktieren, wer in der Politik eines Landes nicht mitmachen darf, wenn hinter dem Betreffenden eine Partei steht."

Stalin sah ihn an, "als habe er einen Wahnsinnigen vor sich", und brach die Unterredung ab. Churchill wollte in Moskau unbedingt zu einer Einigung kommen, und so versuchte er nochmals, Mikolajczyk umzustimmen. Es kam zu einer erregten Auseinandersetzung.

Churchill: "Wenn Sie die Curzon-Linie als künftige Grenze annehmen, können Sie vielleicht von Stalin noch einige andere Konzessionen erreichen. Was spielt es für eine Rolle, wenn Sie die Unterstützung von einigen Polen verlieren. Denken Sie daran, was Sie damit für Polen gewinnen."

Mikolajczyk: "Und welche Garantie habe ich, daß die Unabhängigkeit dessen, was nach so einem Handel noch von Polen übrigbleibt, respektiert wird? "

Churchill: "Vergessen Sie nicht, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten dafür sorgen werden, daß die Unabhängigkeit Polens geachtet wird!"

Mikolajczyk: "Trotzdem kann ich der Forderung nicht nachgeben. Territoriale Fragen müssen vom ganzen Volk entschieden werden."

Churchill: "Wenn Sie auf Ihrer Starrköpfigkeit beharren, wird die britische Regierung die Sache einfach aufgeben. Wegen Zänkereien zwischen Polen lasse ich nicht den Frieden Europas gefährden. Sollte es zum Ausbruch eines neuen Krieges kommen, der mindestens 25 Millionen Menschen das Leben kosten wird, dann ist Polen dafür verantwortlich!"

Mikolajczyk: "Nun weiß ich endlich, daß das Schicksal Polens in Teheran besiegelt worden ist."

Churchill: "Gerettet worden ist es in Teheran! Wenn Sie die Grenze nicht akzeptieren, sind Sie für immer ausgeschaltet. Die Russen werden Ihr Land überschwemmen und Ihr Volk liquidieren. Sie stehen am Rande der Vernichtung"!

Über die Moskauer Besprechung wurde am 21. Oktober 1944 folgendes offizielle Schlußkommunique veröffentlicht:

"In den Besprechungen wurden in der Richtung auf eine Lösung der polnischen Frage, die zwischen den Regierungen der UdSSR und Großbritanniens gründlich besprochen worden ist, bedeutsame Fortschritte erzielt ... "

Churchill in einer zweiten Konferenz am gleichen Tage zu Mikolajczyk:

"Sie sind keine Regierung, wenn Sie unfähig sind, Entscheidungen zu fällen. Sie sind ein abgestumpftes Volk, das Europa zu ruinieren wünscht. Ich werde Sie Ihren eigenen Schwierigkeiten überlassen. Sie haben keinen Sinn für Verantwortung, wenn Sie Ihr Volk zu Hause preiszugeben wünschen und gegenüber dessen Leiden indifferent sind. Sie kümmern sich nicht um die Zukunft Europas; Sie haben nur Ihr miserables Selbstinteresse im Sinn. Ich werde die anderen Polen herbeirufen müssen, und diese Lubliner Regierung mag sehr gut funktionieren. Sie wird die Regierung sein. Es ist ein krimineller Versuch Ihrerseits, die Übereinkunft der Alliierten durch Ihr "Liberum Veto" zunichte zu machen. Es ist Feigheit von Ihnen ..."
"Sie sind absolut unfähig, Tatsachen ins Auge zu sehen. Niemals in meinem Leben habe ich solche Leute gesehen!"

Churchill in seinen Memoiren über diese Moskauer Konferenzen:

"Bei der Abreise von diesen äußerst interessanten vierzehn Tagen, in denen wir dichter an unseren sowjetischen Verbündeten herankamen als jemals zuvor — oder überhaupt seitdem — schrieb ich Stalin:
"Eden und ich sind aus der Sowjetunion erfrischt und gefestigt von den Diskussionen, die wir mit Ihnen, Marschall Stalin, und mit Ihren Kollegen hatten, zurückgekehrt. Dieses denkwürdige Treffen in Moskau hat gezeigt, daß es nichts gibt, was zwischen uns nicht geregelt werden könnte, wenn wir einander in offener und vertrauter Diskussion begegnen ..." (Churchill: Triumph and Tragedy, Boston 1953, S. 242/243)

Am 2.11.1944 bot die britische Regierung in einer Note an die exilpolnische Regierung eine anglo-sowjetische Garantie für das neue polnische Gebiet einschließlich Stettin an, mit der Aussicht auf Übernahme dieser Garantie durch die UNO. Mit dieser vagen Garantie — sie war mit Stalin nicht einmal abgesprochen — wurden jedoch Auflagen verbunden: Mikolajczyk solle nach Moskau fliegen und ein Übereinkommen mit dem Lubliner Komitee zustandebringen, andernfalls Churchill

"alles als beendet betrachtet und nicht zögert, sich gegen ihn zu stellen" ... Ich werde Stalin telegraphieren, und lasse dann kommen was mag."



Juden im Ghetto Lodz 1941

Die Entscheidung über Polen

In der Konferenz von Jalta (Februar 1945) begünstigten Roosevelt und Churchill wie in Teheran die Curzon-Linie; sie baten Stalin sanft um eine "Geste": Er möge doch bitte Lemberg und die galizischen Ölgebiete entsprechend der Grenzziehung von 1919 bei Polen belassen. Aber dann fanden sie sich stillschweigend mit den sowjetischen Forderungen ab. Niemand erwähnte auch nur beiläufig die Schwierigkeiten der Umsiedlung von 4 bis 5 Millionen Polen aus den östlichen Territorien. Roosevelt versicherte, er und Churchill würden nach Errichtung einer provisorischen Regierung in Warschau der exilpolnischen Regierung die Anerkennung entziehen und deren Vermögen der neuen Regierung übergeben. Unverfroren begrüßten Roosevelt und Churchill die Vereinbarungen von Jalta als die "bestmögliche Lösung, deren Durchführung Polens Freiheit und Unabhängigkeit bedeute".

Die Auslieferung Polens unter die kommunistische Kolonialherrschaft war widerspruchslos, ja ohne eine Geste des Widerstandes genehmigt. Die exilpolnische Regierung blieb im Jalta-Kommunique unerwähnt.

Alle polnischen politischen Parteien verurteilten die Jalta-Entscheidungen. Die britische und us-amerikanische Presse dagegen war voll des Lobes über diese Beschlüsse. Und der "große Staatsmann" Winston Churchill erklärte noch am 27.2.1945 im britischen Unterhaus:

"Ich kenne keine Regierung, die fester hinter ihren Verpflichtungen steht, als die sowjetische Regierung."

Zwei Monate später unterzeichneten Stalin und Bierut, nachdem 16 führende polnische Politiker heimtückisch verhaftet worden waren, entgegen den Jalta-Beschlüssen einen Freundschafts- und Beistandsvertrag. Dieser Vertrag unterstrich die von Stalin geplante Dauerhaftigkeit der "provisorischen Regierung". Erneut wurde Mikolajczyk gedrängt, nach Moskau zu fliegen und alle sowjetischen Bedingungen anzunehmen, "selbst wenn sie unbefriedigend sein sollten". Die Vorzeichen seiner diesmaligen Reise waren ähnlich wie bei den bisherigen Moskau-Besuchen:

"1941, gerade als der polnische Premierminister Sikorski in Moskau ankam, wurde plötzlich verkündet, daß alle Polen von ukrainischer oder weißrussischer Herkunft als sowjetische Staatsbürger betrachtet würden und nicht als Polen. Als sich später Mikolajczyk auf dem Weg zum ersten Besuch nach Kriegsausbruch von London nach Moskau befand, wurde das Lubliner Komitee gegründet. Als er sich auf dem Weg zu seinem zweiten Besuch befand, wurde die Lubliner Regierung formal anerkannt; und kurz bevor Molotow Moskau verließ, um an der Konferenz in San Francisco teilzunehmen und die polnische Frage mit mir (Truman) zu diskutieren, unterzeichnete die UdSSR ihren 20-Jahr-Pakt mit dem Lubliner Regime ... Mikolajczyks (jetzige) Mission wurde kompliziert und erschwert, als Radio Moskau am 14. Juni (1945) verkündete, daß das Ermittlungsverfahren gegen die 16 verhafteten Führer abgeschlossen sei und daß sie bald vor das oberste sowjetische Militärgericht gebracht werden würden."

Sämtliche bisherigen Erfahrungen mit den Sowjets wurden übersehen. Die am 28.6.1945 begründete "Regierung der nationalen Einigung" unter dem Staatspräsidenten Bierut setzte sich aus 14 Kommunisten des Lubliner Komitees und 2 Polen zusammen. Mikolajczyk erhielt den Rang eines Zweiten stellvertretenden Staatspräsidenten und des Ministers für Landwirtschaft und Landreformen. Auf Präsident Trumans Anregung anerkannten die USA und Großbritannien diese Regierung am 5.7.1945. Gleichzeitig entzogen die Westmächte der legalen polnischen Regierung die Anerkennung.

"Alle Kabinettsmitglieder und hohen Persönlichkeiten, Präsident Raczkiewicz einbegriffen, die bislang diplomatische Privilegien genossen, hatten sich nunmehr persönlich beim britischen Fremdenamt in der Nähe des Piccadilly Circus registrieren zu lassen. Die Schlange war lang und die Prozedur langsam genug, um diese früheren Alliierten zu erniedrigen — jetzt Fremde in einem fremden Land."

Der Abschluss in Potsdam

Hatten schon die Exilpolen in London Ostpreußen und die Odergebiete niemals unter Berufung auf "historische Rechte" beansprucht, so sollte auch die nach Potsdam geladene Delegation Bieruts keine "historischen Rechte" geltend machen, sondern in ihrem Drang nach Westen lediglich auf die "menschenleeren" deutschen Gebiete verweisen. Doch die Großmächte entschieden ja darüber, was Polen bekommen sollte. Sie entschieden auch darüber, die im westlichen Ausland lebenden Polen zu repatriieren. Die Mehrheit dieser Polen freilich versagte sich angesichts des langjährigen Verrates diesen letzten Empfehlungen der Alliierten.

Um die bisherige Schamlosigkeit noch zu überbieten, stellte Churchill den unter Lebensgefahr aus Polen geflüchteten, aber von ihm — Churchill — unter persönlichen Drohungen nach Moskau und Warschau hingestoßenen Mikolajczyk Ende 1947 dem britischen Unterhaus mit folgenden Worten vor:

"Ich habe niemals geglaubt, daß ich Mikolajczyk noch einmal lebend wiedersehen werde."

Treffend im Sinne der damaligen britischen Politik rechtfertigte Anfang Februar 1947 der ehemalige Staatsminister in Churchills Kabinett, Richard K. Law, in einer Diskussion mit britischen Studenten die britische Kriegsdiplomatie:

"Die Kriegskoalition im allgemeinen und die Konservativen im besonderen waren und sind der Meinung, daß die osteuropäischen Nationen politisch nicht reif genug sind, sich selbst zu regieren. Daher waren wir immer der Meinung, daß Osteuropa unter die sowjetische, Westeuropa einschließlich Deutschland dagegen unter unsere Einflußsphäre kommen solle."



Ein Gebet an der Stätte des Grauens von Katyn im Kriegsjahr 1943. Ist es heute schon vergessen?

Verrat an den baltischen Staaten

Die Neuordnung der europäischen Staatenwelt nach dem Ersten Weltkrieg hat — auch unter teilweiser Mitwirkung Deutschlands — 1918/1919 zur Selbständigkeit folgender Staaten geführt, die bis dahin Teilgebiete des zaristischen Rußland waren: Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen (hiervon gehörte Posen-Westpreußen zu Deutschland, kleine Teile im Süden zu Österreich-Ungarn), dann andere Länder wie die Tschechoslowakei und Ungarn, Jugoslawien, deren Gebiete bzw. Teilgebiete zur Österreich-Ungarischen Monarchie gehörten.

In welchem Maße hatten sich nun jene "friedliebenden Nationen", die nicht müde wurden zu erklären, sich für den "Schutz der kleinen Nationen" einzusetzen und ihren Krieg schließlich vornehmlich, wenn nicht ausschließlich um dieser edlen Ziele willen zu führen, für jene Staaten eingesetzt?

Im Fall Polen haben wir gesehen, daß Großbritannien alles darangesetzt hat, es zu einem von London für geeignet erscheinenden Zeitpunkt zur militärischen Auseinandersetzung mit Deutschland zu treiben, den Russen grünes Licht "auch gegen den Willen der Polen" zum Einmarsch in Polen — vor Kriegsbeginn, am 22.8.1939! — zu geben, es total der bolschewistischen Unterwerfung auszuliefern, es "wie ein Volk auf Rädern", das man hin- und herschiebt, wie die Großmächte es für richtig hielten, behandelten". Polen hat damit unter ungeheueren Verlusten seine Freiheit und seine Grenzen verloren. Es wurde verraten von jenen, die sich seine "Freunde" nannten.

Das Schicksal Europas wurde 1939 lange vor dem eigentlichen Kriegsbeginn in einen Schwung gesetzt, dessen Auswirkungen die Initiatoren nicht mehr kontrollierbar steuern konnten, aber auch in vielerlei Hinsicht offensichtlich nicht steuern wollten, zumindest nicht im Sinne der Freiheit und Menschenwürde, Gerechtigkeit und Friedenssicherung. Die Einladung an den Sowjetdiktator Stalin, sich doch mit dem Gedanken an ein militärisches Vorgehen — "auch gegen den Willen der osteuropäischen Völker" — nach Mitteleuropa, sprich Deutschland — zu befreunden, ging von den Kriegstreibern an der Themse aus und zwar seit März 1939! London und Paris (im Hintergrund Washington) haben

a) ohne Not und Zwang

b)nach monatelangen intensiven Warnungen Estlands, Lettlands, Litauens, Polens und Rumäniens

c)nach Studium der weltrevolutionären Zielsetzung und der historischen Praktiken der bolschewistischen Führung

d)nach der militär-strategischen Lageeinschätzung, daß allenfalls Deutschland fähig sein könnte, einem Vormarsch der Roten Armee in Europa Einhalt zu gebieten,

die Sowjetunion in die — angesichts kommender Gefahren — belanglosen Streitigkeiten über den Vorwand Danzig hineingezogen und ihr unverhohlen Expansionsgewinne auf Kosten zahlreicher freien Völker zugesagt.

Daß auf Grund solcher Verratspolitik an Osteuropa — wohlgemerkt v o r Kriegsausbruch! — Hitler reagieren mußte und somit gezwungen wurde auch seinerseits einen Preis zu zahlen — "für den Fall politischer Veränderungen" — war bereits eine Folge der "Diplomatie" Englands und Frankreichs. Hitler hatte dennoch einen erheblich geringeren "Preis" gezahlt. Anstatt — wie die Westmächte — der UdSSR einen Freifahrtschein zur militärischen Besetzung der osteuropäischen Staaten zu erteilen, sah sich Hitler im Geheimen Zusatzabkommen zum Nichtangriffsvertrag mit der UdSSR genötigt (mußte er doch den von London gebildeten Koalitionsring gegen Deutschland zu vereiteln suchen), die von Stalin bestimmte "Interessensphäre" nördlich der litauischen Grenze bis zur ungefähren Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San zwischen Polen und der Sowjetunion sowie das sowjetische Interesse an Bessarabien (Teil Rumäniens) anzuerkennen, — für den Fall von politischen Veränderungen in jenen Gebieten.

Der hierdurch ermöglichte Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR, wäre er vom Kreml nicht als "taktischer Vertrag" (im Sinne Lenins von der "Strategie und Taktik"), um für den groß angelegten "Befreiungsfeldzug" gegen ganz Europa Zeit zu gewinnen, aufgefaßt worden, sondern als aufrichtige Grundlage für eine dauerhaft gewollte Zusammenarbeit, hätte er für Europa sogar beachtlichen Nutzen bringen können. Weder mit diesem Nichtangriffsvertrag noch mit seinem Geheimen Zusatzabkommen war etwas verspielt worden, denn selbst nach dem 23.8.1939 hatte es England noch in der Hand, Polen auf seine außenpolitische Isolierung aufmerksam zu machen und zur Vernunft anzuhalten und damit einen Kriegsausbruch zu verhindern.

Die British Foreign Policy Documents, die britische Presse und anderweitige Dokumente enthüllen jedoch eindeutig, daß Männer wie hauptsächlich Lord Halifax als Außenminister, Lord Robert Vansittard, Duff Cooper, Anthony Eden, Winston Churchill und ihre Helfer in den Parteiführungen, der Presse mit ihrem Premierminister Neville Chamberlain als "Mitläufer" auf Krieg gesetzt haben und um der "Vernichtung des Faschismus" bzw. Deutschlands willen Augen und Ohren gegenüber den Nöten anderer Völker verschlossen.

Systemgerecht, geradezu strategisch meisterhaft und rücksichtslos nutzte Stalin seine Chance noch bevor Polen ganz geschlagen und er über 12 Millionen Weißrussen, Ukrainer und Juden "befreit" hatte: Ultimativ forderte er von Estland, Lettland und Litauen "Beistandspakte", die zum Inhalt hatten,daß jene baltischen Staaten der Sowjetunion Flug- und Marinebasen, also

Militärstützpunkte sowohl auf dem Festland, als auch den vorgelagerten Inseln zu überlassen hätten. Die hierbei nach außen zum Ausdruck gebrachte Zusage, "keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten", "keine Einschränkung der Souveränität" zu beabsichtigen, erwies sich schon wenig später als Lug und Trug. Waren angesichts der ultimativen Drohung und der Aussichtslosigkeit für jegliche Hilfe die baltischen Staaten geneigt, jene Bedingungen Moskaus anzunehmen, so erweiterte Stalin plötzlich seine Forderungen auf zahlreiche Stütz- und Knotenpunkte im Innern dieser Länder und auf die Polizeigewalt "in den bedrohten Küstenländern". So wurde der sowjetisch-estnische "Beistandspakt" am 28.9.1939 unterzeichnet, und 25.000 Rotarmisten besetzten ihre vorgesehenen Positionen in Estland. Die erste Etappe der sowjetischen Machtergreifung war begonnen. Lettland folgte am 5. Oktober 1939, Litauen am 10. Oktober 1939.

Wie wenig das alles mit Adolf Hitler zu tun hatte, geht allein daraus hervor, daß diese sowjetische Zielsetzung sowohl was die Weltrevolution an sich als auch speziell die Baltischen Staaten anbetraf, in den bolschewistischen Revolutionsjahren bereits fest programmiert gewesen war. Bereits am 25. Dezember 1918 hatte die sowjetische Parteizeitung Iswestija - und dies war nur eine der gleichlautenden Ergüsse dieser Art ! - geschrieben :

"Estland, Lettland und Litauen liegen auf dem direkten Weg zwischen Rußland und Westeuropa. Sie sind daher ein Hindernis für unsere Revolution ..... Dieser trennende Wall muß niedergerissen werden".

Die Iswestija wurde natürlich auch in England gelesen. Und übrigens: einen Politiker Adolf Hitler gab es damals noch nicht!

Am 12. März 1940 schreibt die gleiche Iswestija:

"...... Alle Betrachtungen kleiner Staaten über die Frage von Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit in den Beziehungen zu den Großmächten, die über ihr Sein oder ihr Nichtsein bestimmen, sind zum mindesten naiv. Wir möchten sie nochmals daran erinnern, daß die Neutralitätspolitik kleiner Länder nur mit Selbstmord bezeichnet werden kann."

Der sowjetische Außenkommissar Molotow wurde gegenüber dem litauischen Außenminister kurz vor militärischen Besetzung des Baltikums durch die Rote Armee noch deutlicher:

"Sie müssen der Wirklichkeit ins Auge sehen und begreifen, daß die kleinen Staaten verschwinden müssen. Ihr Litauen wird ebenso wie die anderen baltischen Staaten einschließlich Finnland nichts anderes tun können, als sich der ruhmreichen Familie der Sowjetrepubliken anzuschließen. Deshalb sollten Sie sofort damit beginnen, Ihr Volk in das Sowjetsystem einzuführen, das in Zukunft überall herrschen wird - in ganz Europa!"

Dieses Gespräch fand ein ganzes Jahr v o r dem Rußlandfeldzug - im Juni 1940 - statt !

Doch die "Weltöffentlichkeit" befaßte sich mit der Niederlage Polens, nahm von jenen "kleinen Ländern" kaum Notiz, schoß sich weiter auf "den Aggressor Hitler" ein und katalogisierte die Sowjetunion unter die "friedliebenden Nationen".

Allein Finnland schreckte etwas auf: Am 14. Oktober 1939 erhielt auch Helsinki die entsprechenden Forderungen Moskaus, ein Gebiet von Hangö, einen Teil Kareliens und mehrere Inseln im Finnischen Meerbusen an die UdSSR abzutreten. Auf die Weigerung der Finnen folgten die üblichen sowjetischen Beschuldigungen, finnische Truppen hätten Einheiten der Roten Armee brutal überfallen. Auch weitere Einschüchterungen fruchteten nichts. Die Folge war die Aufkündigung des finnisch-sowjetischen Nichtangriffspaktes durch Moskau und der Einmarsch der Roten Armee in Finnland am 30. November 1939.

Der bis zum 12. März 1940 andauernde "finnische Winterkrieg" hat zwar dem finnischen Volk weltweite

Sympathie eingetragen und den Ausschluß der UdSSR aus dem Völkerbund bewirkt, doch was bedeutete das schon! Der Völkerbund starb sowieso kurz darauf, und Sympathiebekundung war keine Hilfe. Moskau hatte sein Ziel erreicht, seine Grenzen auch im Norden erheblich weiter vorgeschoben und strategisch wichtige Positionen und Rohstoffquellen gewonnen.

Doch im Juni 1940 — während des Frankreichfeldzuges — ging es erst richtig los:

Am 14. Juni 1940 erhielt Litauen, am 16. Juni 1940 Lettland und Estland sowjetische Ultimaten, die zur totalen Einverleibung jener Staaten in die "Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" führten. Wie sich diese "Befreiung" im einzelnen vollzog, ist den diesbezüglichen Büchern wie H. v. Bergh "Die Rote Springflut" oder B. Meissner "Die Sowjetunion, die baltischen Staaten und das Völkerrecht" u.a. zu entnehmen.

Am 1. August 1940 erklärte der sowjetische Außenkommissar Molotow vor dem Obersten Sowjet in Moskau:

"Die Eingliederung der baltischen Staaten in die UdSSR bedeutet, daß die Sowjetunion sich um die Bevölkerung Litauens in Stärke von 2.880.000, Lettlands in Stärke von 1.950.000 und Estlands in Stärke von 1.120.000 vergrößert.
Die primäre Bedeutung besitzt aber die Tatsache, daß nunmehr die Grenzen der Sowjetunion bis an die Küste des Baltischen Meeres vorgetragen werden. Damit gewinnt unser Land die eisfreien Häfen am Baltischen Meer, die wir so sehr benötigen ...
Der Erfolg, den wir hatten, ist nicht unbeträchtlich, aber wir haben nicht vor, bei dem, was wir erreicht haben, zufrieden zu verweilen.
Wenn wir alle es als heilige Pflicht in uns tragen, unser ganzes Volk zum Aufbruch bereitzuhalten, dann können wir nicht überrascht werden, und die Sowjetunion wird noch glänzendere Fortschritte machen."

Mai/Juni 1940 – Entschluß zur "Kriegführung gegen den Faschismus"

Die Parteizeitschrift "Kommunist" vom Mai 1958 (S. 77-84) gab offen zu, daß die Sowjets im Mai/Juni 1940 "ihre Einstellung zum Krieg geändert und sich zur Kriegführung und Vernichtung des Faschismus entschlossen" haben. Oder wie es ein anderer sowjetischer Historiker in "Der Zweite Weltkrieg und der proletarische Internationalismus" (S. 11-17) darlegte:

"Schon in der zweiten Hälfte des September 1939 wurde von den kommunistischen Parteien begonnen, die vom ZK der Komintern ausgearbeitete neue taktische Linie zu verwirklichen ...
In Verbindung mit dem Einfall der deutsch-faschistischen Eroberer in Frankreich änderten die französischen Kommunisten ihre taktische Haltung. Ende Mai 1940 nahm die kommunistische Partei eine Deklaration an über den Kampf mit den fremden Eroberern und den nationalen Verrätern ...
Das Manifest der kommunistischen Partei vom 10. Juli 1940 war der erste Aufruf zur Entfaltung des antihitlerischen Krieges ..."

Die sowjetischen Historiker begründen die Angriffsvorbereitungen der Roten Armee, über die sie sich nunmehr ganz offen auslassen, nicht mit konkreten Maßnahmen der Reichsregierung. Bei der seit 1917 konsequent verfolgten Weltrevolutions-Zielsetzung verwundert dies nicht. Über die sowjetischen Angriffsabsichten und strategischen Vorbereitungen Moskaus, unter Ausnutzung der Kriegslage, Deutschland bzw. Europa zu einem geeigneten Zeitpunkt – mutmaßlich Anfang Oktober 1941 – mit massivsten Kräftekonzentrationen anzugreifen, hat sich der Verfasser, gestützt auf sowjetamtliche Veröffentlichungen, in seinen Büchern "Wahrheit für Deutschland – Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges" und "Europa in Flammen 1939-1945" Bd. II eingehend auseinandergesetzt, so daß hier vielleicht die Ausführungen eines weiteren authentischen Zeugen ergänzend hinzugesetzt werden sollten: Gregory Klimow, eh. Major der Sowjetarmee und enger Mitarbeiter Marschall Schukows, machte hierüber in seinem Buch "Berliner Kreml" (Köln/Berlin 1952, S. 58-60) folgende Ausführungen, die nicht der Vergessenheit anheimfallen sollten:

"Jeder sowjetische Generalstabsoffizier wird laut lachen, wenn jemand behauptet, der Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion sei für den Kreml überraschend gekommen. Dies mit um so größerer Berechtigung in Anbetracht der Tatsache, daß keine andere Regierung der Welt so gut über die Zustände in ihren Nachbarländern informiert ist wie der Kreml."

Den Mythos vom unerwarteten "hinterlistigen Überfall" brauchte man, um die Mesalliance des Kreml nach außen hin zu rechtfertigen. Mehrere Wochen vor Eröffnung der Kampfhandlungen an der sowjetisch-deutschen Front hörten viele Menschen in der Sowjetunion im englischen Rundfunk Meldungen über den Aufmarsch von 170 deutschen Divisionen an der Ostgrenze des Reiches. Und die unschuldigen Knäblein im Kreml sollen Watte in den Ohren gehabt haben? !
Wer kein Radio hörte, las jedenfalls das offizielle TASS-Dementi: 'In der ausländischen Presse tauchen in letzter Zeit provokatorische Meldungen über eine Konzentrierung deutscher Truppen an der sowjetischen Grenze auf. TASS ist ermächtigt, auf Grund zuverlässiger Informationen zu erklären, daß diese Meldungen der ausländischen Presse völlig unbegründet und aus der Luft gegriffen sind.'
Punktum! Die Sowjetmenschen kennen TASS viel zu gut, um nicht zu wissen, daß diese Meldung genau das Gegenteil von dem bedeutet, was sie sagt."

Am 9. Mai 1941 – sechs Wochen vor Beginn des Rußlandfeldzuges – erhielt der jugoslawische Kommunistenchef von der Komintern aus Moskau einen Befehl, den man als die Regieanweisung für den kommunistischen Staatsstreich bezeichnen kann. In ihm heißt es:

"Die Zeit ist gekommen, die Weltrevolution einen entscheidenden Schritt vorwärtszutreiben. Sie muß aber so getarnt werden, als handele es sich um eine Reihe von Maßnahmen zur Verwirklichung der 'wahren Demokratie'.
Die kommunistische Partei muß in allen Ländern, in denen die Revolution vorbereitet wird, mit aller Sorgfalt und Vorsicht gute Beziehungen zu nationalgesinnten und religiösen Kreisen pflegen. Wo es sich als notwendig erweist, soll man bei der Durchführung der Revolution Vertreter der Kirche mithelfen lassen. Ihre zahlenmäßige Stärke ist bestimmend dafür, in welchem Umfang der kirchliche Einfluß später auszumerzen ist.
Sofort nach der Machtergreifung wird das Zentralkomitee eine neue Regierung einsetzen. Sie soll die breiten Massen des Volkes repräsentieren und ein demokratisches Gesicht haben.
Gegner des neuen Regimes sind so rasch wie möglich zu beseitigen, aber auf demokratische Manier, das heißt, durch Aburteilung vor einem Volksgerichtshof. Diesem soll ein bekanntes Parteimitglied und zwei heimlich Sympathisierende angehören.
Parteiverräter sind ohne Rechtsverfahren zu liquidieren. Todesstrafe ist Vorschrift.
Folgende Gruppen sind 'Klassenfeinde': Mitglieder nationalistischer oder religiöser Bewegungen, Geistliche, Offiziere, Angehörige der Polizei, Diplomaten und Staatsbeamte, die sich weigern, auf die Seite der Revolution zu treten, und schließlich alle Personen, die nachweislich der Revolution Widerstand leisten."

Diese Regieanweisung war ein Teil jenes Planes der bolschewistischen Weltrevolution, den Molotow 1941 entworfen hatte und der in dem sowjet-offiziösen Werk "Totale Kriegswirtschaft und die Rote Armee" veröffentlicht wurde:

"Ein paralleles Nebeneinander-Existieren unseres Sowjetstaates mit der übrigen Welt ist auf die Dauer unmöglich. Dieser Gegensatz kann nur durch Waffengewalt in blutigem Ringen eine Lösung finden. Eine andere Lösung gibt es nicht und kann es nicht geben. Nur der wird gewinnen, der in sich die Entschlußkraft zum Angriff verspürt." (Hendrik van Bergh "Die Rote Springflut" München 1958 S. 120)



Unbekannter deutscher Posten in Stalingrad, Spätherbst 1942

Die Preisgabe der baltischen Staaten 1941-1945

Die Einverleibung der baltischen Staaten in die UdSSR im Juni 1940, die sofortige Inszenierung kommunistischer "Volksaufstände" mit Hilfe russischer Zivilisten und aus Gefängnissen freigesetzter "Avantgardisten", die Bildung von "Volksregierungen" und die Umwandlung in Sowjetrepubliken vollzog sich so rasch vor dem Hintergrund des deutsch-französischen Krieges und so "unbemerkt" von der Weltöffentlichkeit, daß sich die Großmächte rasch damit abgefunden haben.

Waren schon Großbritannien und Frankreich gemeinsam nicht in der Lage, den Polen im entscheidenden Augenblick zu helfen, so konnte Großbritannien allein die baltischen Staaten noch weniger schützen. Protest und Nichtanerkennungserklärungen blieben wirkungslos und erwiesen sich angesichts der nachfolgenden Ereignisse als unehrlich, da sich jene Mächte nie mehr für die Freiheit jener Völker tatkräftig eingesetzt haben.

Stalin wußte aber auch, daß eine deutsche Hilfe für die baltischen Staaten nicht möglich war.

Nach Beendigung des Krieges gaben die Sowjets auch in ihren amtlichen Veröffentlichungen zur "Rechtfertigung" ihrer damaligen Nord- und Westexpansionen die Kriegsabsicht Stalins und die für diese Zielsetzung notwendigen Vorausmaßnahmen zu. So liest sich das dann in "Geschichtsfälscher — Aus Geheimdokumenten über die Vorgeschichte des 2. Weltkrieges" (Berlin-Ost 1955, S. 56-58):

"Die führenden Kreise Englands und Frankreichs, die die UdSSR wegen der von ihr geschaffenen "Ost"-Front auch weiter als Aggressoren beschimpften, schienen sich keine Rechenschaft darüber abzulegen, daß die Schaffung dieser "Ost"-Front einen einschneidenden Umschwung in der Entwicklung des Krieges — gegen die Hitlertyrannei und zugunsten des Sieges der Demokratie — bedeutete.

Sie begriffen nicht, daß es sich nicht um Beeinträchtigung oder Nichtbeeinträchtigung der nationalen Rechte Finnlands, Litauens, Lettlands, Estlands und Polens handelte, sondern darum, durch Organisierung des Sieges über die Hitlerfaschisten die Verwandlung dieser Länder in eine rechtlose Kolonie Hitlerdeutschlands zu verhindern."

"Sie begriffen nicht, daß es sich darum handelte, dem Vormarsch der deutschen Truppen überall, wo das nur möglich war, Schranken zu setzen, starke Verteidigungsstellungen anzulegen und dann zum Gegenangriff überzugehen, die Hitlertruppen zu schlagen und dadurch diesen Ländern eine freie Entwicklung zu ermöglichen. Sie begriffen nicht, daß es andere Wege zum Sieg über die Hitleraggression nicht gab.

Handelte die englische Regierung richtig, als sie während des Krieges ihre Truppen nach Ägypten schickte, obgleich die Ägypter protestierten und manche Elemente in Ägypten sogar Widerstand leisteten? Sie handelte unbedingt richtig! Dies war ein höchst wichtiges Mittel, um der Hitleraggression den Weg nach dem Suezkanal zu verlegen, Ägypten vor Anschlägen Hitlers zu schützen, den Sieg über Hitler zu organisieren und damit zu verhindern, daß Ägypten eine Hitlerkolonie wurde. Nur

Feinde der Demokratie oder Verrückte können behaupten, daß diese Handlungen der englischen Regierung in diesem Falle eine Aggression darstellten.
Handelte die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika richtig, als sie ihre Truppen in Casablanca landen ließ, obgleich die Marokkaner protestierten und die Petain-Regierung in Frankreich, deren Gewalt sich auch auf Marokko erstreckte, direkten militärischen Widerstand leistete? Sie handelte unbedingt richtig! Dies war ein überaus wichtiges Mittel, einen Widerstandsstützpunkt gegen die deutsche Aggression in unmittelbarer Nähe Westeuropas zu schaffen, den Sieg über die Hitlerwehrmacht zu organisieren und damit die Voraussetzung für die Befreiung Frankreichs von dem hitlerfaschistischen Kolonialjoch zu schaffen. Nur Feinde der Demokratie oder Verrückte konnten diese Handlungen der amerikanischen Truppen als Aggression bezeichnen. Das gleiche aber muß von den Handlungen der Sowjetregierung gesagt werden, die bis Sommer 1940 die "Ost"-Front gegen die Hitleraggression organisierte und ihre Truppen möglichst weit von Leningrad, Moskau und Kiew nach Westen verlegte. Dies war das einzige Mittel, um dem ungehinderten Vormarsch der deutschen Truppen nach dem Osten den Weg zu verlegen, starke Verteidigungsstellungen zu schaffen und dann zum Gegenangriff überzugehen, um gemeinsam mit den Verbündeten die Hitlerwehrmacht zu schlagen und damit zu verhindern, daß die friedliebenden Länder Europas, darunter Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Polen, zu Hitlerkolonien wurden. Nur Feinde der Demokratie oder Verrückte konnten diese Handlungen der Sowjetregierung als Aggression qualifizieren.

Daraus folgt jedoch, daß Chamberlain, Daladier und ihre Umgebung, die diese Politik der Sowjetregierung als Aggression qualifizierten und den Ausschluß der Sowjetunion aus dem Völkerbund bewerkstelligten, wie Feinde der Demokratie bzw. wie Verrückte handelten ..."

Diese sowjetamtliche Argumentation bestätigt Stalins Kriegsabsicht gegen Deutschland bereits im Jahre 1940, die mit der unbegründeten Unterstellung motiviert wurde, daß Hitler vorhatte, die UdSSR anzugreifen. Diese Unterstellung war sachlich falsch, und das wußte auch Stalin; d.h. diese Unterstellung war erlogen. Stalins Handlungen waren somit Kriegshandlungen, die zur Unterjochung der genannten Völker, zur enormen Expansion der Sowjetunion, schließlich zur Ausweitung des Weltkrieges führten. U.a. waren es diese Maßnahmen Stalins und seine in seiner Note an Hitler vom 26. November 1940 (also n a c h dem Molotow-Besuch in Berlin am 13. November) noch weit darüber hinausgehenden Forderungen, die Zusammenziehung und Offensivgliederung von 4,7 Millionen Rotarmisten "in den westlichen Grenzbezirken", die Hitler zum Präventivkrieg gegen die Sowjetunion veranlaßt haben. Wäre doch das erkennbare Anlaufen der sowjetischen Kriegsmaschine — wie es die Sowjets in ihren konkreten Massierungen und beabsichtigten Vormarschgeschwindigkeiten längst veröffentlicht haben — schon von Anfang an nicht aufzuhalten gewesen. Stalins Forderungen in seiner Note vom 26. November 1940, als Voraussetzung zum Beitritt zum Dreimächtepakt waren:
1) Unverzüglicher Rückzug der deutschen Truppen aus Finnland, (wobei Stalin gleichzeitig heftigsten Druck auf die Finnen ausübte, um die Kontrolle über die auch für Deutschland lebenswichtige Petsamo-Nickel-Konzessionen an sich zu reißen.
2) Unterstützung eines Beistandspaktes zwischen der UdSSR und Bulgarien mit dem Inhalt, Land- und Marinebasen für die Rote Armee zur "Sicherung der Schwarzmeergrenzen zum Bosporus" zu errichten.
3) Anerkennung Deutschlands, daß die UdSSR Aspirationen im Raum südlich Batum und Baku in der allgemeinen Richtung auf den Persischen Golf (Öl!) entwickelt.
4) Einwirkung Deutschlands auf Japan, seine Konzessionsrechte auf Nordsachalin zugunsten der UdSSR aufzugeben.
5) Einverständnis dahingehend, daß, sollte die Türkei sich weigern, die sowjetischen Militärbasen am Bosporus anzuerkennen und sich den vier Mächten anzuschließen, Deutschland, Italien und die Sowjetunion übereinkommen, diplomatische und militärische Schritte gegen die Türkei zu unternehmen.
Später kamen sogar noch die Ostseeausgänge zur Nordsee ins Gespräch. Hitler ließ diese Note unbeantwortet, war somit nicht bereit, die osteuropäischen Völker eines nach dem andern preiszugeben.

Die vorerwähnte sowjetamtliche Argumentation vergleicht das Vorgehen Englands in Ägypten und der USA in Marokko mit dem Vorgehen Stalins 1940 an der gesamten Ostfront. Doch hier verwischen die Sowjets die Sachlage grundsätzlich, als es sich seinerzeit bei England und den USA um kriegführende Mächte handelte, die sich zwar auch nicht um Neutralitätsrechte anderer Völker kümmerten, die aber doch diese Länder nicht annektiert haben, wohingegen sich die Sowjetunion als "Friedensnation" aufspielte und mit rücksichtsloser Brutalität ihr Theater über "Demokratisierung" mit dem Ziel der endgültigen Unterjochung jener Völker vorspielte. So erklärte zum Beispiel Außenminister Molotow:

"Man werde das Volk in einer Form befragen, wie es in den Sowjetrepubliken üblich sei. Wir werden sehen, es werden keine vier Monate vergehen, bis sich die litauische Bevölkerung für den Anschluß an die Sowjetunion aussprechen wird."

In diesen Ländern, die sich seit 1917 mit allen ihren Kräften gegen die Bolschewisierung gewehrt haben, stimmten am 14. und 15. Juli 1940 in Estland + 92,9% und in Litauen + 99,2% "für die sowjetische Befreiung". Man lese in umfassenden Büchern nach, wie sich die bolschewistischen Machtergreifungen mit Hilfe der Roten Armee vollziehen! Moralische Hemmungen gegenüber Menschenleben gibt es da nicht! Die Tragödien aller osteuropäischen Völker waren die gleichen.

Doch Roosevelt und Churchill ließen die Wahrheiten darüber unterdrücken, — zugunsten einer verstärkten Greuelpropaganda gegen Deutschland. Zwar gab es im August 1940 eine "Atlantik-Charta", in der festgelegt war, keine territorialen Veränderungen gegen den Willen der Völker zu dulden, jedem Volk müsse das Recht zustehen, seine Regierungsform zu wählen, wie immer es wolle, zwar gab es zudem Unmuts-Erklärungen der USA und auch von Großbritannien, doch Stalin berührte das alles nicht. Und anstatt nun als "großer Alliierter" standhaft zu sein — man hatte ja gegenüber Stalin genügend Trümpfe in der Hand, man denke nur an die Pacht- und Leihhilfe! —, schrieb Winston Churchill bereits am 7.3.1942 an den USA-Präsidenten:

"Die angewachsene Schwere des Krieges hat mich dazu veranlaßt zu fühlen, daß die Prinzipien der Atlantik-Charta nicht so ausgelegt werden sollten, um Rußland die Grenzen streitig zu machen, die es besaß, als Deutschland es angriff. Dieses war die Basis für Rußland, sich der Atlantik-Charta anzuschließen. Und ich vermute, daß ein sehr ernster Liquidations-Prozeß gegenüber feindlichen Elementen in den baltischen Staaten von den Russen in Szene gesetzt worden ist, als sie diese Gebiete zu Beginn des Krieges an sich gerissen haben. Ich hoffe daher, daß Sie in der Lage sein werden, uns freie Hand zu geben, einen Vertrag abzuschließen, den Stalin so bald als möglich wünscht ..."

Auf diesen Rat hin machte Roosevelt einen "Kompromißvorschlag", den er Stalin zuleiten ließ, dahingehend, daß alle Esten, Letten, Litauer und Finnen, die den Anschluß an die SU ablehnten, "das Recht erhalten sollten, mit ihrem gesamten Vermögen ihre Heimat zu verlassen" (Hull — Memoiren, Bd. II S. 1171). Dieser Vorschlag wurde 1944 wiederholt. Diese Groteske war ein weiteres Beispiel für Roosevelts Geistesverworrenheit.

Doch in England klärte man die Lage, als der britische Außenminister Eden am 5.8.1942 den Gesandten der drei baltischen Staaten in London zur Kenntnis gab, daß sie von der diplomatischen Liste gestrichen worden seien, und der britische Botschafter in Moskau, Sir Stafford Cripps, erklärte, daß die baltischen Staaten der Freiheiten der Atlantik-Charta nicht teilhaftig würden. — Man muß ernsthaft fragen, ob Stalin angesichts solcher "Verbündeter" hätte anders handeln können.

Wurde die baltische Frage auf der ersten Außenminister—Konferenz der Alliierten in Moskau im Oktober 1943 nicht berührt, so präsentierte Stalin auf der Teheraner Konferenz vom 28. November - 1. Dezember 1943 seine Forderungen auf Nordostpreußen einschließlich Königsberg, was den beiden westlichen "Staatsmännern" vollends die Sprache verschlug, überhaupt noch von den baltischen Staaten zu reden. In Jalta im Februar 1945 überraschte Stalin seine Alliierten mit der Forderung, daß neben der UdSSR, Weißrußland und der Ukraine auch Sowjet-Litauen Mitglied der Vereinten Nationen werden sollte. Das wurde dann zwar wieder zurückgewiesen, doch man fand sich mit Stalins kategorischem Argument ab, daß die baltischen Staaten "in Abstimmungen ihren Willen kundgetan haben, sich der Sowjetunion anzuschließen". Auf der letzten großen Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 in Potsdam wurde die baltische Frage überhaupt nicht mehr behandelt. Das "Weltgewissen" schwieg über die grauenvollen Begleitumstände der sowjetischen "Befreiung", die Zwangsdeportationen zu Hunderttausenden noch lange nach 1945 und die Zwangseinwanderung von Russen in die baltischen Länder wie auch nach Ostpreußen. Man hatte zu tun, ständig neu die Weltöffentlichkeit mit Greuelpropaganda gegen die Deutschen "abzulenken". Und so ist dies bis heute geblieben.

So sah die Mentalität jener "Staatsmänner" aus, die sich auf weltweiter Ebene zu einem Bündnis gegen die "menschheitsfeindlichen, aggressiven, diktatorischen, welteroberungslüsternen Faschisten" zusammenschlossen und nach dem Krieg über den besiegten deutschen Gegner "zu Gericht" saßen!



Nemmersdorf (Ostpreußen)
nach der Rückeroberung durch die deutsche Wehrmacht im Oktober 1944. So sah "die Befreiung" durch die Rote Armee aus.
Die gesamte Dorfbevölkerung wurde auf diese bestialische Weise ausgemordet!

Die Völker Europas werden sich gewöhnen müssen

Eine Geheimbesprechung zwischen Präsident Roosevelt und Kardinal Spellmann vom 3. September 1943 gibt über Ziele und Vorstellungen bei den Oberhäuptern der Alliierten über die öffentlich bekanntgewordenen Vorgänge hinaus beachtlichen Aufschluß. Man dachte wahrlich in Kontinenten, und befaßte sich nicht etwa mit "kleinen Völkern". Mag Roosevelt hier in seinen Ausführungen auch gegenüber den Strategen in London zu weit gegangen sein, grundsätzlich aber teilten sie die Grundzüge seiner Auffassung, und danach haben sie auch gehandelt. Die nachfolgenden Ausführungen Roosevelts sind einem Memorandum aus den Akten des Erzbischofs von New York, Kardinal Spellmann, mit der Überschrift "Einige der wichtigsten Gesprächsgegenstände" entnommen. Es handelt sich hierbei um die zusammenfassende Niederschrift Spellmanns über eine anderthalbstündige Unterredung mit Roosevelt:

"Zusammenarbeit der 'Großen Vier':
Es ist ein Abkommen der Großen Vier geplant. Danach soll die Welt in vier Einflußsphären aufgeteilt werden: China bekommt den Fernen Osten; die USA den Pazifik; Großbritannien und Rußland erhalten Afrika bzw. Europa. Aber da Großbritannien vorwiegend koloniale Interessen hat, darf angenommen werden, daß Rußland E u r o p a beherrschen wird. Obwohl Tschiang Kaischek bei den großen Entscheidungen über die Zukunft Europas zugegen sein wird, steht fest, daß er keinen Einfluß haben soll. Dasselbe mag, wenn auch in geringerem Grade, für die USA gelten. Roosevelt hofft – obwohl es Wunschdenken sein mag –, daß Rußland in Europa nicht gar zu gewaltsam eingreifen wird.
Völkerbund:
Der vorige Völkerbund führte nicht zum Erfolg, weil auch den kleinen Staaten das Recht zur Einmischung eingeräumt war. Der künftige Bund wird nur aus den vier Großmächten bestehen (USA, Großbritannien, Rußland, China). Die k l e i n e n Staaten werden eine beratende Versammlung ohne das Recht der Abstimmung und der Entscheidung bilden. So haben z.B. die Griechen, Jugoslawen und Franzosen verlangt, den Waffenstillstand mit Italien mit zu unterzeichnen. 'Das haben wir rundheraus abgelehnt. Sie haben kein Recht, im Kreis der Großen zu sitzen. Nur die Großen werden zugelassen, weil sie groß und stark sind und sich einfach aufdrängen'.
Rußland:
Ein Gespräch mit Stalin soll sobald wie möglich stattfinden. Präsident Roosevelt glaubt, ihm fiele es leichter, mit Stalin zu einer Verständigung zu kommen, als Churchill. Churchill sei zu idealistisch, während e r , genau so wie Stalin, realistisch sei. Deshalb scheint eine Verständigung auf realistischer Grundlage wahrscheinlich.

Roosevelt wünscht, so unwahrscheinlich es auch sein mag, von Stalin das Versprechen, die russischen Grenzen 'nicht über eine gewisse Linie' hinauszuschieben. Mit Sicherheit bekommt Stalin Finnland, die baltischen Staaten, die östliche Hälfte Polens, Bessarabien. Es besteht kein Anlaß, sich diesen Wünschen Stalins zu widersetzen, weil er die Macht hat, sich diese ohne weiteres selbst zu erfüllen. Deshalb ist es besser, ihm alles freiwillig zu geben.

Es kommt hinzu, daß die Bevölkerung Ostpolens angeblich russisch werden möchte. Aber es ist keineswegs sicher, ob Stalin sich mit diesen Grenzen begnügen wird. Auf den Hinweis, Rußland habe bereits Regierungen kommunistischen Charakters für Deutschland, Österreich und andere Länder ernannt, die dort ein kommunistisches Regime errichten würden, so daß die Russen nicht einmal einzumarschieren brauchten, gab Präsident Roosevelt zu, daß dies zu erwarten sei. Ferner fragte ich, ob die Alliierten nicht von sich aus etwas tun könnten, um diese Entwicklung zu hemmen, indem sie die guten Elemente ebenso förderten, wie die Russen die Kommunisten gefördert haben; Roosevelt erklärte, so etwas würde n i c h t erwogen. Deshalb steht zu erwarten, daß kommunistische Regimes errichtet werden. Aber was können wir dagegen tun? Vielleicht bleibt Frankreich verschont, falls es eine Volksfront-Regierung nach Art der von Leon Blum bildet. Die Volksfront könnte solche Fortschritte machen, daß die Kommunisten sie womöglich hinnehmen. Auf die eindeutige Frage, ob Österreich, Ungarn und Kroatien unter ein russisches Protektorat irgendwelcher Art geraten würden, gab Präsident Roosevelt ein klares 'Ja' zur Antwort. Aber er fügte hinzu, wir dürften die hervorragenden wirtschaftlichen Leistungen Rußlands nicht übersehen. Die Finanzlage der Sowjetunion sei gesund. Es versteht sich, daß die europäischen Länder gewaltige Verwandlungen durchmachen müssen, um sich Rußland anzupassen; aber Roosevelt hofft, daß im Laufe von zehn oder zwanzig Jahren der europäische Einfluß die Russen weniger barbarisch machen wird.
Wie dem auch sei, fügte der Präsident hinzu, jedenfalls könnten die USA und Großbritannien nicht gegen Rußland kämpfen. Die russische Produktion sei so groß, daß man in Rußland – Lastwagen ausgenommen – auf amerikanische Hilfe verzichten könne. Er hofft, daß die Zwangsfreundschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion sich zu einer wahren, dauernden Freundschaft entwickeln wird. Die europäischen Völker werden die russische Herrschaft einfach e r t r a g e n m ü s s e n, in der Hoffnung, daß sie nach zehn oder zwanzig Jahren in der Lage sein würden, mit den Russen gut zusammenzuleben. Schließlich hofft er, daß die Russen vierzig Prozent des kapitalistischen Systems übernehmen und die Kapitalisten nur sechzig Prozent ihres Systems behalten werden, so daß eine Verständigung möglich wird. Dies ist auch Litwinows Meinung.
Ungarn:
Er schätzt die Ungarn. Er möchte, daß sie zu uns übergehen. Er wäre bereit, sie als Alliierte aufzunehmen, wenn sie umschwenkten.
Österreich:
Es ist kein Plan für eine österreichische Exilregierung aufgestellt oder gebilligt. Gegen ein von Rußland gesteuertes Regime in Österreich wird man keine Einwände erheben. Das einzige, was Österreich vor den Kommunisten retten könnte, wäre, daß es Otto von Habsburg gelänge, mit Hilfe Ungarns den Thron zu besteigen. Aber sogar Otto von Habsburg würde sich mit den Russen arrangieren müssen.
Kroatien:
Der Präsident widersetzt sich der Neugeburt Jugoslawiens und ist für zwei unabhängige Staaten, einen kroatischen und einen slowenischen. Churchill dagegen ist für den "status quo ante".
Deutschland:
Zwischen R. (Roosevelt) und Churchill ist Übereinstim-

mung erreicht, daß Deutschland in verschiedene Staaten aufgeteilt wird. Es wird keine Zentralregierung mehr haben, sondern unter der Oberherrschaft der Großen Vier, vor allem Rußlands, stehen. Einen Friedensvertrag wird es nicht geben, sondern einen Erlaß der Großen Vier. Vorher sollen noch verschiedene Leute angehört werden, aber das würde ohne Einfluß sein. Deutschland soll in die folgenden Staaten aufgeteilt werden:

Bayern, Rheinland, Sachsen, Hessen, Preußen, Württemberg soll ein Teil von Bayern werden, Sachsen bekommt Teile von Preußen. Hannover soll ein unabhängiger Staat werden; Deutschland wird für vierzig Jahre entwaffnet. Keine Luftwaffe, keine Zivilluftfahrt; kein Deutscher darf fliegen lernen.
Polen:
Falls Polen wiedererrichtet wird, bekommt es Ostpreußen.
Andere Länder:
Abstimmungen sollen in folgenden Ländern stattfinden: Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien, Norwegen, Griechenland. In der Tschechoslowakei ist keine Volksbefragung zu erwarten".

(R.I. Gannon "Kardinal Spellmann" S. 189-192)

So geschehen, wie gesagt, im September 1943. Und Roosevelt hat bis zu seinem mysteriös gebliebenen Tod am 12. April 1945 seine Meinung nicht geändert, ja er wurde zusehends "noch blutdürstiger" auf der Jalta-Konferenz und "hoffte, daß Marschall Stalin wiederum einen Trinkspruch auf die Hinrichtung von 50.000 Offizieren der deutschen Armee ausbringen werde". Stalin dehnte dieses "noch blutdürstiger" auf alle Konferenzteilnehmer aus. (Die Jalta Dokumente S. 55).

In Potsdam im Juli/August 1945 hatte man sich mit der sowjetischen Machtpraxis, dem Verschwinden ganzer Völker, der Vertreibung von Millionen von Menschen abgefunden. Man begnügte sich damit, den westlichen Demokratien zu erklären, daß Stalin ja in Bulgarien, Ungarn, Rumänien, Albanien, der Tschechoslowakei und Polen "Volksdemokratien" errichtet habe, auch in Jugoslawien unter etwas gesonderten Verhältnissen. Man hatte den "Vorkämpfer für Menschenwürde, Demokratie und Fortschritt, Freiheit und Recht" — Joseph Stalin — mit enormen Hilfslieferungen während des Krieges versorgt (die USA hatten an die Sowjets mehr Panzer geliefert, als die gesamte deutsche Wehrmacht 1941 überhaupt verfügbar hatte, Kampfflugzeuge für 2.000 Geschwader, 75% aller von der Roten Armee verwendeten Jeeps, Lastwagen und Traktoren, dazu jede Menge Nahrungsmittel usw. usw.).

Man hatte schließlich auch den kommunistischen Partisanenführer Jugoslawiens, Tito, mit Waffen versorgt und ihm somit die Zerschlagung jeglicher anderen politischen Willensbildung in Jugoslawien zugunsten der Westmächte ermöglicht. So sah man sich gegen Kriegsende kaum in der Lage, zumal man selbst ähnliche Mittel angewandt hatte und gleiche Ziele verfolgte, böse über sowjetische Maßnahmen zu werden, die man all die Jahre gefördert hatte.

Der Irrsinn ging so weit, daß die amerikanischen Truppen bereits Mitte April 1945 die tschechische Grenze erreicht hatten, General Eisenhower jedoch ein weiteres Vorgehen ablehnte, drei Wochen Zeit vergeudete und "die Befreiung Prags" am 9. Mai 1945 den Sowjets überließ, die sich dann mit dem grausigen Blutbad an Hunderttausenden von Deutschen und Sudetendeutschen vollzog. Auch Berlin hätte von den amerikanischen — statt russischen — Truppen eingenommen werden können, denn der amerikanische Rückzug aus Thüringen und Sachsen auf die Elbe — und das alles vor der Potsdamer Konferenz! — das war politischer Dilettantismus.



Ebenfalls Nemmersdorf (Ostpreußen), Oktober 1944



Flüchtlingstreck im Raum von Braunsberg Jan./Febr. 1945

Und nicht zuletzt die Zwangsauslieferung der Kosaken, Russen und Osteuropäer, die auf der Flucht vor den Sowjets durch die Briten und US-Amerikaner ausgeliefert und zum größten Teil dem Tod anheimgegeben wurden, sollte diesen Irrsinn vollenden.

Ein Druck Roosevelts oder Churchills auf Stalin etwa durch eine Drohung, die Pacht- und Leihhilfe einzustellen, widersprach ihren Wünschen, die Sowjets zu bewegen, in den längst gewonnenen Krieg im Fernen Osten einzusteigen, und ist nie versucht worden. Aber auch umgekehrt kann keine Rede davon sein, daß diese beiden westlichen "Demokraten" etwa unter dem "Druck" Stalins gestanden und nur gezwungenermaßen Stalin die Beute zugesteckt hätten, hatte "uncle Joe" ihnen doch auf der Teheraner Konferenz deutlich zu verstehen gegeben, daß die Sowjetunion ohne die Pacht- und Leihhilfe den Krieg verloren hätte. Nein, sie standen nicht unter Druck, die beiden westlichen "Großen". Sie besaßen die stärksten Luftflotten, die mächtigsten Marinegeschwader, die leistungsfähigsten Rohstoff-, Rüstungs- und Forschungszentren der Welt und hatten nicht zuletzt das Monopol der Atombombe in der Hand. Sie setzten aber dieses Waffenarsenal für ihre eigenwilligen Ziele ein, statt für edle Grundsätze. Sie waren sich einig — das war das Geheimnis — in den Zielen: Verachtung des Völkerrechts und der internationalen Moral. Nicht nur, daß Roosevelt und Churchill der totalitären Welt des Kommunismus keine Bedingungen zur Wiederherstellung einer auch nur angedeuteten Rechtsordnung oder moralischen Grundsatzordnung vorlegten, sie führten nicht einmal Scheingefechte mit Stalin, um ihre "guten Vorsätze" glaubwürdig zu machen; sie boten ohne Not und Zwang — noch bevor Stalin überhaupt seine eigentlichen Ziele demonstriert hatte — Stalin appetitanregende Beute in Form von ganzen Völkern, hunderttausenden von Quadratkilometern Land, ja die Vertreibungsmöglichkeit der gesamten ostdeutschen Bevölkerung an. Selbst der Hinweis von Stalin, ob dies denn so einfach sei, wurde von Churchill abgewertet mit dem Bemerken, daß nach dem Tod von 6 Millionen Deutschen und den wahrscheinlich zu erwartenden weiteren Millionen Toten in Deutschland Platz genug sein würde für die zu Vertreibenden.

Ein angesehener amerikanischer Publizist und Gelehrter kommentierte das Ergebnis Roosevelt'scher — und man muß ergänzen Churchill'scher Politik mit den Worten:

"Er hinterließ den zivilisierten Westen in Trümmern, den ganzen Osten als ein Chaos von Schießerei und Mord, und unserem eigenen Land zum ersten Mal den Ausblick auf einen Feind, dessen Angriff tödlich sein kann. Und, um dieser verhängnisvollen Bosheit noch die Krone aufzusetzen, hinterließ er uns eine Welt, die von keinerlei moralischen Grundsätzen mehr zusammengehalten werden kann" (P.H. Nicoll "Englands Krieg gegen Deutschland" Tübingen I963 S. 90).

Internationale Zielrichtung und Organisation

Der Zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale vom 19.7.-7.8.192o stellte jene berüchtigten "21 Bedingungen" zur Zugehörigkeit zur kommunistischen "Weltbewegung" auf, die auf eine konsequente Durchführung der Weltrevolution bei strengster Organisation nach dem Prinzip des "Demokratischen Zentralismus" (was nichts anderes bedeutete als rücksichtsloses Befehlsprinzip Moskaus) abgestellt waren. Diese Bedingungen Lenins, die Stalin späterhin - zumindest in der Praxis - verschärfte, lauteten u.a.:

1.) Die gesamte Propaganda und Agitation muß einen wirklichen kommunistischen Charakter tragen und den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale entsprechen.........
Die ... Presse und alle Parteiverlage müssen völlig dem Parteivorstand unterstellt werden, ohne Rücksicht darauf, ob die Partei in ihrer Gesamtheit in dem betreffenden Augenblick legal oder illegal ist......

2.) Jede Organisation, die sich der Kommunistischen Internationale anschließen will, muß ..... planmäßig aus allen mehr oder weniger verantwortlichen Posten der Arbeiterbewegung ..... die reformistischen und Zentrumsleute entfernen und sie durch bewährte Kommunisten ersetzen.

3.) Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen .....

4.) .... Wo die Agitation (im Heer) durch Ausnahmegesetze unterbunden wird, ist sie illegal zu führen......

5.) Es ist eine systematische und planmäßige Agitation auf dem flachen Lande notwendig.....

6.) Jede Partei, die der III.Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet,...... den Arbeitern systematisch vor Augen zu führen , daß ohne revolutionären Sturz des Kapitalismus keinerlei internationale Schiedsgerichte, Kriegsrüstungen, keinerlei 'demokratische' Erneuerung des Völkerbundes imstande sein werden, neue imperialistische Kriege zu verhüten.

7.)..... Die Kommunistische Internationale fordert unbedingt und ultimativ die Durchführung dieses Bruches (mit dem Reformismus) in kürzester Frist ....

8.).... fordert die Verjagung der Imperialisten aus den Kolonien.

9.) .... fordert kommunistische Tätigkeit innerhalb der Gewerkschaften, der Arbeiter- und Betriebsräte , der Konsumgenossenschaften und anderer Massenorganisationen.

1o.) ..... fordert einen hartnäckigen Kampf gegen die Amsterdamer 'Internationale' .

11.) .... fordert die Unterstellung der Parlamentsfraktionen unter die Parteivorstände.

12.) .... fordert das Prinzip des demokratischen Zentralismus' als Organisationsgrundlage für alle zugehörigen Parteien.
In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkrieges wird die Kommunistische Partei nur dann imstande sein, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert ist, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht und wenn ihr Parteizentrum .... mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitestgehenden Befugnissen ausgestattet ist.

13.) ... fordert ständige und systematische 'Säuberungen' von allen 'kleinbürgerlichen Elementen'.

14.) Jede Partei, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünscht, ist verpflichtet, einer jeden Sowjetrepublik in ihrem Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte rückhaltlosen Beistand zu leisten. ......

15.).... fordert Änderung der Parteiprogramme im Sinne der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale.

16.) Alle Beschlüsse der Kongresse der Kommunistischen Internationale, wie auch die Beschlüsse ihres Exekutivkomitees sind für alle der Kommunistischen Internationale angehörenden Parteien bindend......

17.) ...... Die Kommunistische Internationale hat der ganzen bürgerlichen Welt und allen gelben sozialdemokratischen Parteien den Krieg erklärt......

18.) Alle führenden Preßorgane der Parteien aller Länder sind verpflichtet, alle wichtigen offiziellen Dokumente der Exekutive der Kommunistischen Internationale abzudrucken.

19.) ..... fordert die organisatorischen Maßnahmen zur Durchsetzung der Beschlüsse der Kommunistischen Internationale.

20.) .... fordert den Beschlüssen der Kommunistischen Internationale gemäße Umbesetzungen in den Zentralkomitees der einzelnen Sektionen (Parteien).

21.)..... fordert den Ausschluß aller diesen Beschlüssen widersprechenden Personen .

Sowohl aus diesen "21 Bedingungen" als auch aus der allerorten erkenntlichen "revolutionären Praxis" der kommunistischen Parteien war die "Kriegserklärung" der kommunistischen Parteien, gestützt auf den "starken Arm der Sowjetrepubliken in Rußland" eine für alle Staaten außerordentlich ernstzunehmende Angelegenheit. Dies um so mehr, als es Stalin unter Ausnutzung der marxistisch-leninistischen Ideologie, der kommunistischen Parteistatuten und der "legalisierten" Terror- und Mordpraxis verstand, die Komintern über ihr Exekutivkomitee immer mehr zu seinem persönlichen Herrschaftsinstrument auszubauen. Und Stalin war es dann mit seinem Politbüro der KPdSU, der "den revolutionären Volkswillen" in allen möglichen Ländern zu offenen Bürgerkriegen entfachte oder die offiziellen militärischen Aggressionen befahl.

Beachtlich für den "Verrat an Osteuropa" ist, daß die westlichen Mächte, die ja nach dem Ersten Weltkrieg die militärischen Sieger in Europa waren, diese Sowjetmacht nebst ihren Hilfstruppen trotz aller negativen Erfahrungen mehr und mehr unterstützt haben bis hin zur Preisgabe der osteuropäischen Völker bereits vor Kriegsausbruch 1939, dann während des Krieges und schließlich - auch dann war sogar noch einiges zu retten! - nach Beendigung des Krieges, als zwar die Rote Armee die osteuropäischen Länder erobert, aber die Kommunisten ihre Regime noch nicht errichtet hatten.

Wie groß ist Ostdeutschland?

Ostpreußen mit Memelland mit 39.300 qkm ist fast so groß wie die Schweiz mit 41.300 qkm

Danzig mit 1.966 qkm ist fast so groß wie Luxemburg mit 2.590 qkm

Pommern östlich der Oder mit 31.300 qkm ist größer als Belgien mit 30.500 qkm

Brandenburg östlich der Oder und Neiße mit 12.600 qkm ist fast so groß wie Schleswig-Holstein mit 15.690 qkm

Schlesien – Nieder- und Oberschlesien – östlich der Neiße mit 33.400 qkm ist so groß wie die Niederlande mit 33.610 qkm

Sudetenland mit Südböhmen und Südmähren ist größer als Hessen mit 20.960 qkm

Die Gesamtheit dieser Gebiete – ohne den Gebietsraub von 1918/1919 Posen-Westpreußen – mit 139.526 qkm ist größer als England ohne Wales mit 131.752 qkm (England insgesamt ohne Irland umfaßt 229.860 qkm).

MORDE ÜBER DEN KRIEG HINAUS

War die Behauptung der westlichen Mächte, sie kämpften für die Freiheit und Unabhängigkeit der kleinen Nationen in Europa, allein angesichts des Waffenpartners Sowjetunion, seiner Zielsetzung, innen- und außenpolitischen Praxis grundsätzlich Heuchelei, so war ihre Haltung keine andere in den Jahren 1944 bis 1949, da sich Gewaltverbrechen und Massenmorde der Kommunisten in Osteuropa, aber auch in Italien und Frankreich in einer Größenordnung von mehreren Millionen ereigneten.

Die Zahl der deutschen – meist zivilen – Vertreibungstoten aus ihrer ostdeutschen Heimat incl. der balkanischen Siedlungsgebiete belaufen sich auf 3,28 Millionen, wobei die ungezählten zig-tausende Opfer kommunistischer Rache nach Kriegsende in Mitteldeutschland ebensowenig enthalten sind wie die Opfer deutscher Soldaten in sowjetrussischer Gefangenschaft.

Doch nicht nur die deutsche Bevölkerung war Opfer. Massenmörder Tito ließ nach Kriegsende hinrichten bzw. erschießen (H. Diwald "Geschichte der Deutschen", Propyläen Verlag o.J., 1. Aufl., S. 123 - 124): in den Waldgebieten der Stadt Gottschee in Slowenien über 11.000 Mann der slowenischen Hilfsverbände, die auf deutscher Seite gestanden hatten; südlich Bleiburg in Kärnten 30.000 Kroaten, bei Marburg an der Drau 50.000, zusätzlich 30.000 kroatische Zivilisten, meist Frauen und Kinder; weit über 200.000 deutsche Soldaten der Heeresgruppe Südost des Generalobersten Löhr. Fast ähnlich erging es den Soldaten der Heeresgruppe Mitte des Generalfeldmarschalls Schörner; die meisten seiner 1,2 Millionen Soldaten sind in russischer Gefangenschaft umgekommen. Die westlichen Mächte, vornehmlich England, lieferten die Wlassow-Truppen sowie die Kosaken an die Sowjets aus. Massenmörder Stalin hat auch sie umgebracht. Selbst die ehemaligen russischen Kriegsgefangenen wurden nach Osten zwangsverladen, obgleich man in Washington und London wußte, welches Schicksal sie dort erwartet.



Opfer des grausamen Bandenkrieges: Kroatinnen, die in einem deutschen Depot gearbeitet hatten



Gefangene Partisanen.

Auch die anderen "Humanisten" trieben sie in den Krieg

Bericht des Französischen Marineattachés in Athen
Athen, den 3o. Oktober 1939

"Ein griechischer Reeder teilt mit, daß ihn der Griechische Ministerpräsident unlängst zu sich in sein Arbeitszimmer hat kommen lassen, gleichzeitig mit allen seinen Berufskollegen. Der Ministerpräsident hat ihnen mitgeteilt, daß die Englische Regierung von ihm verlangt habe, die Hälfte der griechischen Handelsflotte Großbritannien zur Verfügung zu stellen. Er hat hinzugefügt, daß er im Namen der Griechischen Regierung geantwortet habe, diese könne nicht, ohne gegen ihre Neutraliät zu verstoßen und sich berechtigten Vorwürfen auszusetzen, einen Teil der privaten griechischen Handelsflotte zum Nutzen einer kriegführenden Partei requirieren. Aber er hat nichtsdestoweniger den anwesenden Reedern empfohlen, sich, soweit sie dies nur könnten und in streng persönlicher Weise, in den Dienst Englands zu stellen.

Einzelne Reeder haben um Aufschluß gebeten über die Bedingungen, die die Britische Admiralität ihnen stellen würde. Es wurde ihnen geantwortet, daß diese letztere die Charterung 10 bis 15% teurer bezahlen würde, als sie dies bei ihren eigenen Handelsschiffen täte; daß sie die Schiffe schützen würde, indem sie sie im Konvoi fahren ließe, und daß die englischen Versicherungsgesellschaften die Versicherungsprämien herabsetzen würden...."

Aufzeichnung des Oberbefehlshabers der französischen Levante-Truppen, General Weygand
9. Dezember 1939

".... Deutschland und die Westmächte stehen sich auf einem Schlachtfeld von begrenzter Ausdehnung gegenüber, das auf beiden Seiten mit guten Truppen dicht besetzt ist, deren Abwehrkraft aufs höchste gesteigert wird durch die machtvollen Organisationen, auf die sie sich stützen. Diese Westfront bietet für sich allein, wenn sie nicht durch irgendein anderweitiges Unternehmen erweitert wird, wenig Aussichten auf entscheidende Manöver oder Aktionen. Und doch ist zur Erreichung der Kriegsziele der Alliierten ein voller, unstreitiger Sieg nötig.

Bei dem gegenwärtigen Stande der Dinge kann in Europa nur der Balkankriegsschauplatz die Möglichkeit günstiger Ereignisse bieten, sei es durch die Zermürbung, die die Eröffnung einer neuen Front für den Gegner bedeuten würde, sei es durch einen erfolgreichen Umgehungsangriff auf seine lebenswichtigen Punkte ....

Weygand"

Aufzeichnung des Oberbefehlshabers des französischen Heeres, General Gamelin

Geheim — Den 6. März 1940

"3. Das Balkan-Problem geht vor allem Frankreich an, weil Frankreich es für wünschenswert und möglich hält:
a) den Zugang zu den Meerengen und zum Aegäischen Meer über den Balkan für Deutschland und die Sowjetunion zu sperren;
c) im Innern des Balkans auf einer ungeheueren Abnutzungsfront die Armeen der Balkanländer den deutschen und sowjetrussischen Armeen entgegenzustellen.

Diese Frage hängt übrigens eng mit der Haltung Italiens zusammen, ohne dessen offene oder stillschweigende Zustimmung wir keine Streitkräfte in Saloniki einsetzen können.

Überdies hat die französische Armee von jeher regelmäßige Beziehungen zu der jugoslawischen, der rumänischen und auch der griechischen Armee unterhalten ....

Unter diesen Umständen nimmt das französische Oberkommando in Aussicht, das Gros der französischen Streitkräfte im Gebiet von Saloniki einzusetzen, sei es nun,. daß es sich für die Alliierten darum handelt, ihren Gegnern den Zugang zum Aegäischen Meer zu sperren, oder auch, daß es sich darum handelt, Jugoslawien oder Rumänien Beistand zu leisten oder im Einvernehmen mit den übrigen Balkanstaaten das bulgarische Problem vorher zu regeln.....

gez. Gamelin"

Armeegeneral Weygand, Oberbefehlshaber des Kriegsschauplatzes Ost-Mittelmeer, an den Oberbefehlshaber des französischen Heeres, General Gamelin
Hauptquartier, den 14. März 1940.
Geheim
Fühlungnahmen mit den Generalstäben des Balkans

"... Ich habe die Ehre, Ihnen zu berichten, wie weit unsere Fühlungnahmen mit den verschiedenen Generalstäben des Balkans gelangt sind und welche Ergebnisse erzielt wurden...... Der griechische Generalstab stellt uns von jetzt an folgende Stützpunkte zur Verfügung:
In Tessalien: Kardista - Pharsala - Nea Anchialos - Turnavos - Almyros;
In Mazedonien: Guida - Nea Pella - Lembet - Mikra Megala - Mikra - Gorgop Cheiseru - Livadogluri - Florina - Ptolemais.

Abgesehen von einigen Abänderungen, um die wir gebeten haben, entsprechen diese Flugplätze den zum Ausdruck gebrachten Bedürfnissen......

Der General
Oberbefehlshaber des Kriegsschauplatzes
Ost-Mittelmeer

Weygand"

Aufzeichnung des Oberbefehlshabers des französischen Heeres General Gamelin

Streng geheim — Den 1o. März 194o

......"Die Eröffnung eines nordischen Kriegsschauplatzes bietet vom Standpunkt der Kriegführung aus gesehen ein hervorragendes Interesse. Abgesehen von den moralischen Vorteilen wird die Blockade umfassender, vor allem aber ist es die Sperrung des Erztransportes nach Deutschland, auf die es ankommt.

In diesem Zusammenhang wäre ein Vorgehen auf dem Balkan, wenn es mit der skandinavischen Unternehmung kombiniert würde, geeignet, die wirtschaftliche Abdrosselung des Reiches zu verstärken. Deutschland verfügte dann nur noch über einen einzigen Ausgang aus dem Blockadering, nämlich über seine Grenze mit Sowjetrußland, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Ausbeutung der russischen Rohstoffquellen noch langer Fristen bedarf.

Auf militärischem Gebiet wäre immerhin eine Aktion auf dem Balkan für Frankreich viel vorteilhafter als eine solche in Skandinavien: der Kriegsschauplatz würde in großem Maßstab erweitert, Jugoslawien, Rumänien, Griechenland und die Türkei würden uns eine Verstärkung von ungefähr 100 Divisionen zuführen. Schweden und Norwegen würden uns nur die schwache Unterstützung von ungefähr 10 Divisionen verschaffen. Die Stärke der Truppen, die die Deutschen von ihrer Westfront wegziehen müßten, um gegen unsere neuen Unternehmungen vorzugehen, würden sich zweifellos in dem gleichen Verhältnis bewegen.....

Unsere skandinavischen Pläne müssen also entschlossen weiterverfolgt werden, um Finnland zu retten oder doch mindestens, um die Hand auf das schwedische Erz und die norwegischen Häfen zu legen.

Lassen wir uns aber gesagt sein, daß vom Standpunkt der Kriegführung aus der Balkan und der Kaukasus, durch die man Deutschland auch vom Petroleum abschneiden kann, von viel größerem Nutzen sind. Den Schlüssel zum Balkan hält jedoch Italien in der Hand.

gez. M. Gamelin"

Aufzeichnung des Oberbefehlshabers des französischen Heeres General Gamelin

Großes Hauptquartier, den 4. Januar 1940

"..... Der Chef des Großen Generalstabes der griechischen Armee hat wissen lassen, daß er unter Vorbehalt einer ausreichenden Unterstützung mit Luftstreitkräften und Luftabwehrkräften in der Lage wäre, die Landung eines interalliierten Expeditionskorps in Saloniki zu sichern. ..... Das französische Oberkommando wird unter Wahrung der größten Diskretion weiter mit dem jugoslawischen, dem rumänischen und dem griechischen Oberkommando Fühlung halten, ohne die Chefs der britischen Generalstäbe irgendwie festzulegen.....

gez. Gamelin"

Die Französische Admiralität an das Französische Außenministerium

Telegramm

Paris, den 19. Mai 1940

"...... Dieses Material, welches von keinem Personal begleitet sein darf, würde zum Schein an griechische Regierung verkauft. Nach Landung im Piräus würde es auf griechisches Gebiet verteilt gemäß Angaben Generalstabs französischer Armee. "

Das Telegramm trägt auf dem Umschlag folgende handschriftliche Notiz:

"Die griechische Regierung ist bereit, schon jetzt Material entgegenzunehmen, das für etwaige alliierte Landungstruppen bestimmt ist."



Ehrenvoll wurde Frankreich im Waffenstillstand 1940 behandelt. Hitler verläßt den geschichtsträchtigen Verhandlungsort Compiègne

Aufzeichnung des Oberbefehlshabers des französischen Heeres, General Gamelin, vom 16. März 1940*):

"Streng geheim

Nr. 325 Cab/D.N.

Aufzeichnung über die Kriegführung

... Zu Lande erscheint es im Augenblick an den erstarrten Fronten sehr schwierig, wesentliche Resultate zu erzielen. Deshalb muß Deutschland gezwungen werden, aus seiner gegenwärtigen abwartenden Haltung herauszutreten. Das erste, was nötig ist, ist eine Verschärfung der Blockade. Neben den wirtschaftlichen Ergebnissen, die davon zu erwarten sind, müssen folgende Ziele angestrebt werden:

1. Es kann in Deutschlands Interesse liegen, Holland und Belgien zu schonen, denn diese ermöglichen es ihm, die Wirkungen der Blockade weitgehend zu umgehen. Es liegt also auf der Hand, daß eine strenge Kontingentierung der Einfuhr nach Holland und Belgien geeignet sein könnte, Deutschland dahin zu bringen, daß es kurzen Prozeß macht und in die Niederlande und Belgien einfällt, ...

II. Bei den skandinavischen Ländern liegen die Dinge anders.

Belgien und Holland dienen Deutschland hauptsächlich als Zwischenhändler nach außen, während Schweden Deutschland einen unentbehrlichen Rohstoff liefert, nämlich das Eisen.

Es muß angestrebt werden, eine solche Versorgung zu verbieten.

Ein einfaches Verfahren würde darin bestehen, zu erklären, die Lieferung gewisser wesentlicher Erzeugnisse, wie z.B. des Eisens, durch neutrale Länder, die an das Reich angrenzen, bedeute einen Beistand in aller Form und würde zu Repressalien führen.. Schweden würde also nur noch unter Blockadedrohung sein Erz an Deutschland liefern können; ebenso würde Norwegen nur noch unter dem gleichen Risiko die Durchfuhr bewirken können.

Falls die beiden Länder sich fügen, so ist das Ziel erreicht; andernfalls wäre ihr Seehandel zu sperren.

Angesichts einer solchen Lage könnte Deutschland möglicherweise beschließen, darauf zu reagieren und in Schweden mit den Waffen einzugreifen. ...

III. Die Abschneidung der deutschen Einfuhren an russischem Öl aus dem Kaukasus wirft zunächst einmal die Frage einer Eröffnung von Feindseligkeiten gegen die UdSSR auf.

Ferner ergibt sich dabei das Problem der Mitwirkung oder wenigstens der Zustimmung der Türkei. ...

Wie dem auch sei, die Bombardierung der Petroleumanlagen von Baku und Batum aus der Luft könnte Deutschlands Versorgung mit Treibstoffen ganz erheblich behindern. ...

Nach den z.Zt. angestellten Ermittlungen würden dazu 9 Fliegergruppen benötigt werden. Das Kommando der französischen Luftstreitkräfte nimmt in Aussicht, dafür 4 Gruppen zu stellen, der Rest wäre von der Royal Air Force zu stellen. ...

Das Kommando der französischen Luftstreitkräfte könnte also jederzeit nach einer vierzehn Tage bis einen Monat vorher ergangenen Benachrichtigung die Bombardierungsoperationen in Transkaukasien in Angriff nehmen, und zwar mit zwei Gruppen schwerer Bomber, die durch zwei Gruppen mittelschwerer Bomber verstärkt werden könnten; sie wären, wenn die Lage an der französischen Front es zuläßt, aus dem Mutterland zu entnehmen.

Die Operationen in der Luft ließen sich auf folgende Weise wirksam unterstützen:

1) Durch Aktionen der Flotte, die auf die Stillegung des Verkehrs im Schwarzen Meer abzielten. Damit wären grundsätzlich französisch-britische Unterseeboote zu betrauen. Ihre Durchfahrt durch die Meerengen würde die ausdrückliche oder stillschweigende Zustimmung der Türkei voraussetzen, und sie würden eine Basis an den Ufern des Schwarzen Meeres in Kleinasien brauchen.

2) Durch Aktionen zu Lande, die nur durch die Türkei ausgeführt werden können, die übrigens durch gewisse Teile unserer Levante-Truppen dabei unterstützt werden könnte. An der Operation könnte sich auf Betreiben Großbritanniens auch Iran beteiligen. ...

Durch eine Kombination von Blockademaßnahmen und gewissen militärischen Operationen können wir nicht nur die wirtschaftliche Abschnürung immer enger gestalten, sondern Deutschland auch dazu veranlassen, aus seiner militärisch abwartenden Haltung herauszutreten. ...

Gamelin"

*) Diese Aufzeichnung fußt auf zahlreichen, dokumentarisch belegten Abstimmungen mit der französischen Regierung und gibt im wesentlichen auch deren Zielrichtung wieder. Dieses Dokument, wie auch die übrigen zitierten Dokumente, ist den deutschen Weißbüchern 5, 6, 7 aus den Jahren 1940 und 1941 entnommen, die ihrerseits aus erbeuteten Akten Frankreichs, der Niederlande, Belgiens, Jugoslawiens und Griechenlands zusammengestellt worden waren.



Nach der Flucht

Reichsaußenminister von Ribbentrop am 25. März 1941

nach Unterzeichnung des Protokolls

über den Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt in

Wien

"......Der Führer hat in konsequenter Durchführung der von ihm von jeher vertretenen Politik stets sein Äußerstes getan, um England von der Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge und einer Neuregelung der europäischen Angelegenheiten auf friedlichem Wege zu überzeugen. Diese Politik entsprach auch, wie wir wissen, durchaus der Einstellung maßgebender Kreise in Jugoslawien, die in dem Ausbruch eines Krieges zwischen Deutschland und England ein europäisches Unglück sahen und die sich daher für eine freundschaftliche Verständigung zwischen den beiden Ländern - allerdings auch vergebens - einsetzten, denn die englische Kriegserklärung vom 3. September 1939 setzte dieser Politik des Führers ein jähes Ende. Die Schuld an dieser Entwicklung trägt vor der Geschichte ausschließlich England.

Über die Konsequenzen dieser Kriegserklärung ist sich England damals allerdings kaum im klaren gewesen. Man lebte wohl dort noch immer in Machtvorstellungen, wie sie in der Zeit vor dem Weltkriege herrschten, und man glaubte vielleicht, wie schon einmal, auch jetzt wieder Deutschland durch besondere Methoden und durch die Mobilisierung der ganzen Welt bezwingen zu können.

Wohl selten hat ein Staat in der Geschichte sich so fürchterlich getäuscht. Denn als es klar wurde, daß England den Krieg wollte, hat Deutschland gehandelt und sich zur berechtigten Abwehr eingerichtet. Während aber nun England, dessen Machthaber diesen Krieg ohne jeden Grund verbrochen haben, sich schon von Anfang an bemühen mußte, andere Völker für seine Interessen verbluten zu lassen, und seitdem immer wieder versucht, neue Staaten in den Dienst seiner Kriegführung zu stellen, hat Deutschland es immer als sein oberstes Ziel angesehen, den Krieg zu lokalisieren und mit seinen eigenen Kräften sowie mit jenen des zu ihm gestoßenen verbündeten italienischen Staates zu beenden. Es hat daher auch keinen anderen Staat bisher gebeten, ihm seine militärische Hilfe im Kampf gegen England zu geben. Wohl aber hat Deutschland mit den im Dreimächtepakt vereinigten Staaten das Interesse, daß

1. jede weiter von England beabsichtigte Kriegsausweitung verhütet wird, daß

2. die Vorbedingungen geschaffen werden, um den neuen Frieden in Europa und Ostasien endlich einmal den Interessen jener Nationen anzupassen, die gewillt und entschlossen sind, in der Zukunft in Frieden und Freundschaft miteinaner zu leben, und daß

3. vor allem ein dauerhafter Friede geschaffen wird, der es unmöglich macht, daß entgegen den kontinentalen Interessen es einer anderen Macht gelingt, durch das Ausspielen europäischer Staaten gegen einander immer wieder neue Kriege zu inszenieren und damit nicht nur den Frieden, sondern die Wohlfahrt aller europäischen Völker stets aufs neue zu bedrohen......

Deutschland – ich spreche dies hier feierlich aus – hat auf diesen Gebieten weder territoriale noch politische Interessen. Sein augenblickliches Ziel ist es nur, zu verhindern, daß eine fremde Macht sich dieses Raumes bemächtigt, um von dort aus die Möglichkeiten zur Fortsetzung des europäischen Krieges zu finden. Sein endgültiges Ziel aber wird es ausschließlich sein, mitzuhelfen an der Herbeiführung einer Ordnung, die diesen für ganz Europa so wichtigen Raum nach gerechten und vernünftigen Grundsätzen befriedet, seine wirtschaftlichen Möglichkeiten dadurch erschließt und so zum Nutzen aller gedeihen läßt..."

"Dr. Beneš hält 3 1/4 Millionen Sudetendeutsche als eine für die erfolgreiche Aufsaugung (absorpition) in einem tschechoslowakischen Staat von etwa 15 Millionen Einwohnern zu große Minderheit. Er stellt sich daher vor, daß man Deutschland gestatten sollte, das Eger Dreieck (the Eger triangle) und zwei andere Bezirke zu behalten, die von geringer strategischer Bedeutung und fast ausschließlich von 600.000-700.000 Sudetendeutschen bewohnt sind. Davon abgesehen, hält er es für notwendig, die alten Grenzen Böhmens beizubehalten und auch einige kleinere Berichtigungen zugunsten der Tschechoslowakei als Kompensation für die erwähnten Zugeständnisse zu verlangen. Er würde dann 300.000–400.000 Sudetendeutsche als Kriegsverbrecher des Landes verweisen und den Transfer einer weiteren Million vorkehren, wodurch die sudetendeutsche Minderheit auf etwa eine Million herabgesetzt würde. Hitler hat selbst im großen Umfang zwangsweise Bevölkerungsumsiedlungen durchgeführt, und es wird sicherlich Druck von vielen Ländern und besonders von Polen und der Tschechoslowakei für die Aussiedlung der deutschen Minderheiten aus ihrem Gebiet nach dem Krieg geben. Obwohl es in vielen Fällen schwer sein wird, zwischen Deutschen und der örtlichen Bevölkerung zu unterscheiden, gibt es verläßliche Schätzungen, denen zufolge die Gesamtzahl der Deutschen, bei denen sich die Notwendigkeit ergeben könnte, sie aus mittel- und südosteuropäischen Ländern nach Deutschland zurückzuschaffen, sich zwischen 3 Millionen und 6,8 Millionen bewegen würde, je nach dem Umfang, in dem man den Transfer durchzuführen für notwendig halten wird. Abgesehen von Hitlers Aktionen und umfangreichen Umsiedlungsaktionen, die die Sowjetregierung mit wenig Bedachtnahme auf die betroffene Bevölkerung durchgeführt hat, gibt es kein Vorbild in der neueren Geschichte für einen Bevölkerungstransfer solchen Ausmaßes..."

"Ein Bevölkerungstransfer solchen Umfangs wäre ein riesiges Unternehmen (a formidable undertaking). Es wird wahrscheinlich unmöglich sein, im Nachkriegseuropa einige Maßnahmen dieser Art zu vermeiden, aber wenn sie nicht in einer ordentlichen und friedlichen Weise durchgeführt werden, ist es nur zu leicht möglich, daß Tschechen und Polen die deutschen Minderheiten aus ihrer Mitte mit Gewalt vertreiben werden. Die Frage ist, ob wir uns jetzt auf dem Grundsatz solcher Umsiedlungen verpflichten und sowohl Dr. Beneš als auch die sudetendeutschen Vertreter wissen lassen sollen, daß das unsere Ansicht ist. Ich wäre nicht dafür, die praktische Durchführung dieses Grundsatzes vor einem viel späteren Zeitpunkt zu diskutieren."

"Ich erbitte die Zustimmung meiner Kollegen zum allgemeinen Grundsatz des Transfers von deutschen Minderheiten in Mittel- und Südosteuropa nach Deutschland nach dem Krieg in Fällen, wo dies notwendig und wünschenswert erscheint, und die Ermächtigung, diese Entscheidung in entsprechenden Fällen bekanntzugeben."

Eduard Benesch in Moskau im Dezember 1943

„"An die vorangegangene Unterredung mit Genossen Stalin anknüpfend, berührte Benes in der Auseinandersetzung zunächst die Lösung der Frage der Deutschen in der künftigen Republik. Er sagte, die Niederlage Deutschlands werde derartig sein, daß sie eine historisch einzigartige Gelegenheit zur radikalen Säuberung unseres Staatsgebietes von dem deutschen Element bietet. Die künftige Republik wird ein Staat der Tschechen, Slowaken und Karpathoukrainer sein. Sie wird ein nationaler und slawischer Staat sein. Aus der Tschechoslowakei müssen unbedingt alle deutschen Lehrer, Professoren, SS-Leute, Gestapo, Hitlerjugend weg, alle aktiven Menschen der Henleinbewegung und die gesamte deutsche Bourgeoisie, die reichen deutschen Menschen. Verschwinden muß die deutsche Universität, die beiden technischen Hochschulen, die Gymnasien usw. Der deutsche Besitz, Bäder, Gruben, Fabriken, Großgrundbesitz gehen in Staatsverwaltung über. Es wird eine nationale, verbunden mit einer sozialen Revolution sein. Trotz der Maßnahmen nationalen Charakters und trotz der Maßnahmen gegen die deutschen Reichen eröffnet sich der Weg für radikale wirtschaftliche Eingriffe und soziale Änderungen im tschechischen Bereich. Auch der Zivnobank werden die Gruben nicht zurückgegeben. Die Republik muß allseitig volksnah gemacht werden. Von den deutschen Bewohnern bleiben mit uns die Antifaschisten, Demokraten, Kommunisten, alle, die sich auch im Ausland am Kampf gegen Hitler beteiligt haben. Benes betonte, daß er für den Transfer der Deutschen aus dem Gebiet der Republik die Zustimmung der Sowjetunion hat und daß er schon früher die schriftliche Zustimmung Englands und Roosevelts erhielt..."

Britischer Vorschlag zur Potsdamer Konferenz 1945

"Unter den gegebenen Umständen wird vorgeschlagen, daß wir auf der bevorstehenden Konferenz dem Grundsatz der Umsiedlung der deutschen Minderheiten aus Polen, der Tschechoslowakei und möglicherweise von Ungarn verwalteten Gebieten nach Deutschland in aller Form zustimmen (formally accept) sollten. Wir sollten aber durchzusetzen versuchen, daß solche Umsiedlungen, die im geplanten Umfang viele verwickelte Probleme aufwerfen, als eine Angelegenheit allgemeinen internationalen Interesses betrachtet und zum Gegenstand sorgfältiger Überwachung und Reglementierung gemacht werden."

Der tschechische Schulminister Zdenek Nejedly am 29. Mai 1945:

"Wir werden Prag und die Grenzbezirke säubern, und wir sind in der Lage, das zu tun, weil wir hierbei eine große Hilfe haben, - die Rote Armee. Nicht jede Armee würde uns dabei helfen."

Der amerikanische Historiker W.H. Chamberlin

faßt in seinem Buch "Amerikas Zweiter Kreuzzug" das Resumé der Roosevelt'schen Europapolitik wie folgt zusammen:

"Amerikas zweiter Kreuzzug war das Ergebnis von Wahnvorstellungen, die heute bereits bankrott sind. Es war eine Wahnvorstellung, daß den Vereinigten Staaten zu irgendeiner Zeit eine deutsche Invasion drohte. Es war eine Wahnvorstellung, daß Hitler auf die Zerstörung des englischen Empire ausging, das er im Gegenteil bewunderte und erhalten wollte. Es war eine Wahnvorstellung, daß China fähig sei, eine starke, freundlich gesinnte, westlich orientierte Macht im Fernen Osten zu werden. Es war eine Wahnvorstellung, daß eine starke Sowjetunion in einem geschwächten und verarmten Eurasien eine Kraft des Friedens, der Versöhnung, Stabilität und internationalen Zusammenarbeit sein werde. Es war eine Illusion, daß die Gefahr des Totalitarismus und das mit ihm verbundene Böse beseitigt werden könnten, in dem man der einen Form des Totalitarismus bedingungslose Unterstützung gegen die andere gab. Es war eine Illusion, daß eine Verbindung von Appaesement (Befriedung) und persönlichem Charme Eroberungs- und Weltherrschaftspläne wegtauen könnten, die in der russischen Geschichte und kommunistischen Weltanschauung tief verwurzelt sind."

(W.H. Chamberlin "Amerikas Zweiter Kreuzzug" Bonn 1952, S. 273)

"Wahnvorstellung" freilich ist ein zu wertneutraler Ausdruck für die Realitäten,die diese hiermit verbundene Politik für Millionen und Abermillionen von Menschen in Europa, ja weltweit zur Folge hatte. Das Leiden der Völker, der Opfertod der Soldaten, der Opfertod der Millionen Zivilisten unter dem Bombenhagel, anläßlich der Vertreibung aus jahrhundertealter Heimat, zu der es eine weit ältere Verwurzelung in Europa gab als zwischen der weißen Rasse und Amerika, das bewußte Inkaufnehmen, ja Hinarbeiten auf die Zerstörung des rechtlichen, moralischen und kulturellen Erbes Europas ist mit jenen Vokabeln, die diese Siegermächte gegenüber ihrem besiegten deutschen Gegner ständig im Munde führen, wie "Verbrechen gegen die Menschlichkeit", "Verbrechen gegen den Frieden", "Kriegsverbrechen", "verbrecherische Organisationen", "Verschwörung gegen den Frieden", "Imperialismus", "Revanchismus" annähernd dürftig umschrieben.

Der Verrat an Osteuropa wäre nicht erfassend dargestellt, würde nicht noch auf die brutale und gewaltsame Auslieferung aller jener osteuropäischen Menschen durch die westlichen Mächte verwiesen werden, die entweder im Rahmen der deutschen Truppen gegen den Bolschewismus gekämpft hatten oder auch nur vor der Roten Armee in Kenntnis der schrecklichen Folgen kommunistischer Rache geflohen waren. Selbst aus Lagern in den USA wurden noch "Displaced persons" zwangsweise in die Sowjetunion zurückverfrachtet. Zu ihnen, die durch die Auslieferung an die Sowjets in den sicheren Tod geschickt wurden, mit Sicherheit aber auch in langjährige Verbannung des sowjetischen Arbeitslagersystems, gehörten nicht nur die Wlassowtruppen, die Pannwitz-Kosaken, nicht nur russische Zivilarbeiter in Deutschland, nicht nur russische Kriegsgefangene in Deutschland, sondern gleichermaßen Esten, Letten, Litauer, Weißrussen, Ukrainer, Georgier, Armenier, Aserbeidschaner, Krimtartaren, Wolgatartaren, Baschkiren, Kalmücken, Polen, Tschechen, Slowaken, Rumänen, Jugoslawen, Bulgaren, die genau wie die Deutschen als Freiwild der Sieger gejagt und entwürdigt wurden. Dies alles geschah zu einer Zeit, da der große Krieg bereits vorbei war, wo unter westlicher Hegemonie sogar in Italien und Frankreich der Antifa-Mob einen über hunderttausendfachen Mord auf sein Gewissen nahm.



Hammer und Sichel am 30. April 1945 auf dem Reichstagsgebäude – Schreckenssymbol für ganz Europa